

**akl**

ANTIKAPITALISTISCHE LINKE

**aufmüßig  
konsequent  
links**

**FÜR EINE LINKE  
ZUKUNFT**

**FÜR EINE ZUKUNFT  
DER**

**Linken**

**DIE TO-DO-LISTE DER AKL**

von Thies Gleiss  
S. 4 - 7

**WOHNUNGSPOLITIK**

von Kalle Gerigk  
S. 10 - 11

**SEXUALISIERTE GEWALT IM  
KRIEG**

von Ingrid Jost  
S. 24 - 26

**Editorial**

Bundessprecher:innenrat der antikapitalistischen Linken in der LINKEN ..... S. 2

**Die To-Do-Liste der AKL**

Thies Gleiss ..... S. 4

**Interviews mit Ferat Koçak und Sören Pellmann**

Lukas Eitel ..... S. 8

**Wohnungspolitik**

Kalle Gerigk ..... S. 10

**Antikriegsbewegung gegen die Zeitenwende**

Inge Höger ..... S. 12

**Automobilkrise**

Stefan Krull ..... S. 16

**Klassenkampf gegen Bürgergeldbeziehende**

Jürgen Aust ..... S. 20

**Rentenscherz der SPD**

Ingrid Jost ..... S. 22

**Sexualisierte Gewalt im Krieg**

Ingrid Jost ..... S. 24

**Stellungnahme zum Ausgang des Bundesparteitag**

Bundessprecher:innenrat der AKL ..... S. 27

**Dokumentation Beschluss des Landesparteitages der Linken in NRW**

Initiativantrag zum Landesparteitag ..... S. 30

**Berliner Appell**

..... S. 32

**Willkommen bei der AKL**

..... S. 33

**Ausgabe Winter 2024**

# FÜR EINE LINKE ZUKUNFT

Das Jahr 2025 beginnt für Millionen von Menschen im Krieg. Die Anzahl der bewaffneten Konflikte auf der Welt schätzen Friedens- und Rüstungsforscher:innen auf 60. Viele davon sind von unfassbarer Grausamkeit und dennoch von den Medien fast vergessen. Eine steigende Anzahl der Konflikte sind klassische Kriege zwischen Staaten, die die lange dominierenden „schmutzigen Kriege“ von Banden und Söldnertruppen ohne wirkliche politische Bindung an einen Staat, abgelöst haben. Der Krieg wird offizieller und alle Kriege zusammen verdichten sich zu einem System von Weltneuordnungskriegen, die alle nicht nur lokale oder regionale Konflikte austragen, sondern auch Stellvertreterkriege für die großen globalen Player in der Welt – USA, Europäische Union, Russland, China, Japan – sind. Aber es nimmt auch die direkte Intervention dieser großen imperialistischen Mächte zu, was zu einer gefährlich angestiegenen Gefahr eines neuen großen Weltkrieges führt, der dann mit nuklearen, chemischen und Cyberwaffen ausgetragen wird, mit unermesslichen Folgen für die gesamte Menschheit.

Die große Siegerin in diesen Kriegen ist die Rüstungsindustrie, die einen beispiellosen Boom erlebt. Die großen Konzerne beliefern oft alle beteiligten Seiten der Kriege gleichzeitig, zumindest einen wachsenden Weltmarkt, zu dem alle kriegswilligen Kräfte leicht Zugang haben. Der Krieg ist Geschäft. Der von LINKEN so oft zitierte Satz des französischen Sozialisten Jean Jaurés, „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“ bewahrheitet sich jeden Tag. Es ist Regenzeit.

Verlierer sind die zivilen Bevölkerungen. Die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Armut und Umweltzerstörung aus ihrer Heimat fliehen, ist mittlerweile auf 120 Millionen gewachsen. Der Kapitalismus mit seiner weltweiten ungerechten Wirtschaftsordnung erzeugt stets die große Spaltung zwischen Arm und Reich, der Krieg ergänzt diese traurige Realität durch Tod, Verstümmelung, Elend und Vertreibung.

Deutsche Unternehmen sind die

viertgrößten Waffenlieferanten und Waffenproduzenten in der Welt. Allein dadurch ist „Deutschland“, genauer, die, die dieses Deutschland dominieren, ein großer Player im Kriegsgeschäft und Mittäter in diesen Kriegen.

In mindestens zwei dieser Kriege sind die deutsche Regierung und die sie stützenden politischen Kräfte, auch die in der parlamentarischen Opposition, auch bewusst politisch involviert. Im Krieg in und um die Ukraine lobt sich die deutsche Regierung, die zweitgrößte Unterstützerin der ukrainischen Armee zu sein. Sie ist dort Kriegspartei. Im brutalen Krieg der israelischen Armee und Regierung gegen die Bevölkerung von Palästina ist das offizielle „Deutschland“ noch mehr als das. Die Bundesregierung erklärt die Unterstützung der israelischen Regierung offen als Staatsräson. Dieser vorkapitalistische Begriff aus der Herrschaftszeit des Adels wird ohne jedes Nachdenken aufgegriffen, um politische Opposition gegen diesen Krieg zu diskreditieren und zu kriminalisieren. Und ein großer Teil der liberalen, auch linksliberalen Medienwelt kuscht und unterwirft sich dieser Staatsräson.

**Krieg und Wirtschaftskrise**

Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte: Der Krieg spitzt zu und all die Krisenfaktoren, die dem Kapitalismus innewohnen, verschärfen sich. Das erlebt Deutschland gerade. Die großen Unternehmen der deutschen Industrie geraten in eine Absatz- und Umsatzkrise, kombiniert mit strukturellen Problemen der ablaufenden Transformation der industriellen, auf fossiler Energie beruhenden Basis in neue digitale und klimaneutrale Technologien. Die großen Automobilfabriken – Volkswagen, Ford, Stellantis, Daimler – und die großen Zulieferkonzerne – Schaeffler, Bosch, Mahle, ZF – sowie die Stahlindustrie, allen voran ThyssenKrupp, und der Maschinenbau kündigen massiven Stellenabbau und abstürzende Gewinnmargen an.

# FÜR EINE ZUKUNFT DER „LINKEN“

Die gesamte Wirtschaft ist darüber hinaus durch die schon früher deutsche Krisen bestimmende Kombination von Inflation der Preise und Stagnation beim Wachstum geprägt.

Die Arbeitslosenzahlen steigen und sie werden noch mehr steigen. Die Reallöhne sinken und können von geschwächten Gewerkschaften selbst für die Kernschichten der Beschäftigten nicht mehr verteidigt werden.

**Die Regierung ist geplatzt**

Das sind die Hintergründe für das Ende der Regierung aus SPD, GRÜNEN und FDP. Es wird im Februar ein neuer Bundestag gewählt und leider steht eine Verliererin und eine Siegerin schon fest: Die migrantische Bevölkerung, allen voran Geflüchtete und Asylbewerber:innen werden von allen politischen Parteien außer der LINKEN als willkommener Sündenbock für den wirtschaftlichen Abstieg angegriffen. Ihre Rechte werden beschnitten und ihre Zukunft ist bedroht. Es ist eine besondere Art von Krieg, den alle diese Parteien in Europa im Zusammenhang mit der gemeinsamen Flüchtlingspolitik (GEAS) und den dafür geschaffenen Kriegsinstrumenten, wie FRONTEX, führen.

Die Gewinnerin ist die „Alternative für Deutschland“. Alle anderen Parteien bereiten der AfD den Weg, teilweise, weil sie es genauso wollen, teilweise im Irrglauben, der AfD Wähler:innen wegzunehmen, wenn die rechte „Deutschland zuerst“-Politik gleich selbst gemacht wird.

Olaf Scholz, der Kanzler der gescheiterten Regierung bereitet sich auf einen Wahlkampf der nachholenden Bestätigung für seine Politik der „Zeitenwende“ und der „Kriegsertüchtigung Deutschlands“ vor. Seine Umfragen und die der SPD sind im tiefsten Keller, aber er verteidigt unverdrossen seinen Kurs der Kriegsvorbereitung. Da sein größter innerparteilicher Konkurrent, der Verteidigungsminister Pistorius, ein noch härterer Kriegstreiber ist, hat Scholz auch kaum Spielraum. Seine bescheidenen sozialen Versprechungen (Senkung der Mehrwertsteuer für Brot und Butter) können nicht kaschieren, dass seine „Kanonen statt Butter“-Politik das uneingeschränkte Ziel und soziale Projekt seiner bisherigen und seiner kommenden Regierung sind, wenn sie denn jemals gewählt werden würde. Und auch eine von Merz geführte CDU-Regierung wird die „Kanonen statt Butter-Politik“ fortsetzen.

**Für eine linke Opposition**

Für die LINKE bleibt in dieser Situation nichts als ein harter politischer Oppositionswahlkampf – gegen die Kriegstreiber, gegen die rassistische Migrationspolitik, gegen den Kapitalismus und seine Krisen. Die LINKE ist durch eigenes Verschulden von der politischen Bühne weitgehend verschwunden. Sie hat sich lediglich als bessere SPD, als Korrekturkraft für SPD und GRÜNEN verkauft und selbst dann keine grundlegende Kritik am kapitalistischen System geübt, als dieses System sich selbst in Frage gestellt hat – wie in den großen Krisenthemen Klimazerstörung, Kriegsgefahr, Corona und andere Krankheiten sowie die Inflation und allgemeine Wirtschaftskrise.

Die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung als linke oppositionelle Kraft sind durchaus gegeben. Die nationalistische, linkskonservative Strömung um Sahra Wagenknecht hat die Partei Die Linke verlassen. Gleichzeitig sind fast ein Viertel neue, überwiegend junge und aktivistische Mitglieder frisch in die Partei eingetreten. Zwei neue Vorsitzende und ein Vorstand wurden gewählt, die offen für unverbrauchte Konzepte sind.

Der Wahlkampf kann also durchaus der Start für einen Neubeginn der LINKEN als umfassend oppositioneller Kraft werden, die in und außerhalb der Parlamente den Widerstand gegen den Kapitalismus und seine politischen Parteien zusammenfasst und verstärkt. Eine sozialistische Partei mit einem Programm der Überwindung des Kapitalismus ist und bleibt eine Leerstelle in der deutschen Politik.

Um diese zu füllen, muss sich die LINKE inhaltlich-programmatisch, strukturell und strategisch neu aufstellen. Wir gehen in dieser Ausgabe von „aufmüpfig“ auf die wichtigsten Fragen und Antworten zu dieser Neuaufstellung ein. Gleichzeitig stellen wir einige kandidierende im Wahlkampf vor.

Wir wünschen allen unseren Genossinnen und Genossen ein erfolgreiches Jahr 2025, das mit einem erfolgreichen Wahlkampf eröffnet werden muss.

**Euer Bundessprecher:innenrat der Antikapitalistischen Linken in der LINKEN**

Dezember 2024



# DREIMAL KRISE – UNSERE TO-DO-LISTE 2.0

**Der Bundessprecher:innenrat der Antikapitalistischen Linken in der LINKEN hat vor dem Bundesparteitag im Oktober 2024 in Halle einen Artikel zur Lage der LINKEN und den drängenden Aufgaben der Partei von heute geschrieben. Diese „To-Do-Liste“ ist vielfach beachtet und geteilt worden. Sie war auch Grundlage der erfolgreichen Bewerbungen von den AKL-Aktiven Nina Eumann und Thies Gleiss zur Wahl in den neuen Parteivorstand.**

**Heute stellen wir fest, dass fast alles aus dieser Liste noch auf eine Einlösung wartet und aktuell ist.**

**Deshalb veröffentlichen wir hier eine aktualisierte Fassung dieser To-Do-Liste.**

Der Partei Die Linke (LINKE) geht es nicht gut. Nach dem schlechten und deprimierenden Ausgang der EU-Wahlen und der Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg ist diese Diagnose vom Allgemeinzustand der immer noch zu den mitgliederstärksten linken Parteien in Europa zählenden LINKEN weitgehend unstrittig. In zahlreichen Beiträgen und Debattentreffen

wird seitdem über Wege aus der umfassenden Krise gestritten. Die Leitungsgremien auf Bundes- und Landesebene befassen sich damit im Dauerbetrieb. Es ist eine Existenzkrise für ein die letzten zwei Jahrzehnte die „große Politik“ mitbestimmendes Parteiprojekt, mit dem aber auch zahlreiche persönliche, berufliche und institutionelle Existenzen verbunden sind.

Ein vollständiges Verschwinden der LINKEN wird aufgrund dieses materiellen Gewichts in jedem Fall ein zäher und länger andauernder Prozess, in dem immer wieder auch kleinere neue Ansätze linker Aktivität entspringen können. Aber die Zukunft als gemeinsames, politisch Hoffnung spendendes und charismatisches linkes Projekt, das sowohl bei Wahlen als auch in der gesellschaftlichen politischen Praxis einflussreich ist, ist hochgradig gefährdet.

Das ist die eine Seite der aktuellen Parteisituation. Ihr gegenüber steht aber eine richtige Welle an Neueintritten in die Partei. Seit Februar 2024, dem Zeitpunkt der Abspaltung der linkskonservativen nationalistischen Gruppe um Sahra Wagenknecht, sind tausende neue Mitglieder in die LINKE eingetreten. Die Mehrzahl ist jung und politisch unerfahren, aber voller Tatendrang, aus der LINKEN wieder etwas Attraktives zu machen. Bundesweit hat die LINKE wieder 56.000 Mitglieder, viele Kreisverbände, vor allen in Westdeutschland, haben ein Allzeithoch an Mitgliedszahlen erreicht. Es treten auch

viele Mitglieder aus, aber deutlich weniger als die Neueintritte.

## Und jetzt noch vorgezogene Neuwahlen...

Am Sonntag, 18. August, haben die damaligen Parteivorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan erklärt, nicht erneut für den Parteivorsitz zu kandidieren. Ihre Entscheidung ist richtig, aber es ist damit nicht die „Parteiführung“ abgetreten, wie von vielen Seiten gefordert. Die Partei wird viel stärker von Personen im Apparat und vor allen in den Fraktionen geführt, die gar nicht oder nicht ausreichend in der Mitgliedschaft legitimiert sind. Der Wechsel in der Führung der Partei muss tiefer gehen und nicht nur einzelne Köpfe austauschen.

Der Parteitag in Halle hat mit Ines Schwerdtner und Jan van Aken zwei neue Vorsitzende und einen ebenfalls aus vielen Neuen bestehenden Parteivorstand gewählt. Von der AKL sind Nina Eumann und Thies Gleiss in den PV gewählt, sie waren schon früher einmal in diesem Gremium. Politisch und organisatorisch hat der Parteitag aber nicht den Neustart hingelegt, der nötig gewesen wäre. Die AKL hat eine Einschätzung der Ergebnisse dieses Parteitages veröffentlicht:

<https://antikapitalistische-linke.de/?p=4958#more-4958>

Noch vor der konstituierenden Sit-

zung des Parteivorstandes im November 2024 zerbrach die Bundesregierung aus SPD, GRÜNEN und FDP und im Februar 2025 werden vorgezogene Neuwahlen stattfinden. In den USA gewann der rechts-nationalistische und unberechenbare Trump die Präsidentschaftswahlen. Beide Ereignisse machen es nicht leichter für den neuen Parteivorstand, einen Plan zur Neubelebung der LINKEN zu erstellen und vor allem umzusetzen. Die alten Personen, Strukturen und die alten Probleme drängen sich leider mit Macht in den Vordergrund und negieren und verweigern, die gerade ein wenig diskutierten Veränderungen in der LINKEN, weil jetzt angeblich dafür keine Zeit wäre.

Für die Bundestagswahlen beschloss der Parteivorstand eine Wahlstrategie, die sich den großen politischen Fragen nicht stellen will. Die LINKE – so wurde es auf dem Parteitag auch mehrfach beschlossen – muss einen Wahlkampf organisieren, der sich in erster Linie gegen die „Zeitenwende“ von Kanzler Scholz aufstellt und die verheerenden Auswirkungen dieses Kriegs- und Rüstungsprogramms auf die Sozialpolitik und den Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung zum Thema macht. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit der Koalition aller anderen Parteien in der Frage der Migrations- und Asylpolitik. Daraus ergibt sich ein Wahlkampf als selbstbewusste Oppositionspartei, ohne auf ein politisches Lager mit SPD oder gar GRÜNEN zu orientieren. Politisch muss ebenso der massive Rechtsruck und die AfD angegriffen werden – all das ergibt sich leider nicht aus einem ökonomistischen Wahlkampf nur um die so genannten Brot- und Butterthemen.

Auch die zum und nach dem Parteitag erfreulich anwachsende Debatte über Strukturreformen der LINKEN und Korrekturen an ihrer Fixiertheit auf Wahlen und parlamentarische Arbeit ist mit dem Beschluss, die Wahlen vorzuziehen, leider wieder in den Hintergrund gedrückt worden. Stellvertretend dafür steht das undemokratische, frauenfeindliche und den Strukturkonservatismus in der LINKEN geradezu fördernde „Projekt Silberlocke“ der alten Parteirecken Gysi, Ramelow und Bartsch.

Auch die Entscheidung der beiden neu gewählten Vorsitzenden, bei den Bundestagswahlen für einen Parlamentssitz zu kandidieren, ist falsch und wird sich sehr negativ auf den Neustart der LINKEN als Partei auswirken.

Zu diesen Neuwahlen haben wir auf der AKL-Seite ausführlich Position be-

zogen:

<https://antikapitalistische-linke.de/?p=4974#more-4974>

## Drei Krisen

Die AKL hat in den letzten Jahren beständig die Probleme der LINKEN analysiert und Vorschläge für alternative Entwicklungswege gemacht. Wir sind leider in der Minderheit geblieben. Die Analysen der AKL wurden dabei trotzdem immer wieder – oft zu spät und nachträglich und oft halbgar – von anderen aufgegriffen. Unsere zentralen Kritikpunkte waren

- Die LINKE macht zu sehr (parlamentarisch und auch außerhalb) Stellvertreter:innenpolitik. Eine Politik „in der ersten Person“, die die realen 55 Tausend Mitglieder, deren gesellschaftliche Verankerung und deren politischen Interessen im Mittelpunkt sieht, findet zu wenig statt. Die LINKE hat den Aufbau von Gegenmacht mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft aus den Augen verloren. Die LINKE „kann nicht Krise“. Immer dort und immer dann, wo die kapitalistische Realität selbst die „Systemfrage“ stellt, verliert die Partei den Mut und fällt hinter die Forderungen sozialer Bewegungen und Proteste zurück, spielt in schlechter sozialdemokratischer Tradition den Arzt am Krankenbett des Kapitalismus.
- Die LINKE sieht bisher nicht den Effekt der „Dialektik der partiellen Errungenschaften“. Es ist eben nicht der Misserfolg auf kommunaler oder parlamentarischer Ebene, der am Anfang der Krise steht, sondern eher ein erfolgreicher Aufbau von parlamentarischen Vertretungen, Parteibüros und politisch Hauptamtlichen. Aber diese Erfolge sind – wie so häufig zuvor bei linken und progressiven Parteien – in strukturkonservative Bremsfaktoren umgeschlagen, die einer weiteren Radikalisierung und Erfolgsgeschichte wegen persönlicher und Karriere bedingten Bedenken im Wege stehen. Personeller Stillstand und programmatische Faulheit geben sich dann die Hände und das erste Opfer ist die parteiinterne Demokratie.

In der kritischen Würdigung des Wahlprogramms zur EU-Wahl und der Bilanz der Partei nach diesen Wahlen haben wir unsere Kritik auf drei Kom-

plexe zusammengefasst. Die LINKE befindet sich in einer dreifachen Krise: Einer strukturellen Krise, einer strategischen Krise und einer programmatischen Krise. Schon jede einzelne dieser Krisen wiegt schwer, bleibt es bei allen drei, wird die LINKE nicht überleben. Wir registrieren aber, dass bisher beim Parteivorstand und den hier Mitdiskutierenden höchstens immer nur zwei dieser Krisen in den Fokus geraten, oft nur eine.

Wir haben an dieser Analyse auch nach dem Parteitag der LINKEN, der wichtige Entscheidungen ausgelassen hat, nichts zurückzunehmen, sondern präsentieren hier unsere To-Do-Liste. Maßnahmen, die sofort machbar wären, die gerne einzeln abgearbeitet werden und an deren Ende ein hohes Maß an frischer Luft durch die Partei weht, ohne die es keine Zukunft geben wird.

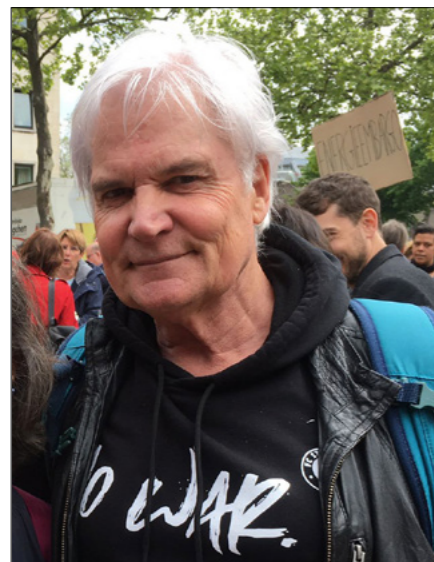
## DIE STRUKTURELLE KRISE

Zu viel Stellvertreter:innenpolitik, zu viel Gewicht auf parlamentarischer Arbeit im Verhältnis zur realen Verankerung in der Gesellschaft, zu viel Ämterhäufung, zu lange Amtszeiten ohne Befristungen, zu wenig Kontrolle der materiellen Privilegien, zu wenig Rotation, zu wenig Trennung von Amt und Mandat.

### Wir schlagen vor:

1. Befristung der parlamentarischen Amtszeiten auf maximal zwei Legislaturperioden beginnend auf EU, Bundes- und Länderebene, analog zu der in der LINKE-Satzung geregelten acht Jahre Befristung für Parteiämter.
2. Trennung von Parteiamt und parlamentarischen Mandaten; maximal 25 Prozent von Parteivorständen dürfen Abgeordnete, deren Mitarbeiter:innen oder hauptamtliche Parteifunktionär:innen sein.
3. Insbesondere die beiden Parteivorsitzenden dürfen keine Parlamentarier in Bund, Land oder EU, sondern sollten hauptamtlich von der Partei bezahlt sein und nur für die Partei da.
4. Größtmögliche Transparenz und Sicherung des maximalen Einflusses der Partei bei der Verwendung aller materiellen Zuwendungen und Privilegien durch die parlamentarische Arbeit. Aufbau von durch die Partei kontrollierte Solidaritätsfonds. Das persönliche Einkommen unserer Abgeordneten sollte nicht mehr als ein durchschnittli-

Die Neubearbeitung ist allein von Thies Gleiss



**Thies Gleiss ist Mitglied im Bundessprecher\*innenrat der AKL. Er ist Mitglied im Parteivorstand der LINKEN.“**

ches Facharbeitereinkommen beitragen.

5. Verpflichtung zu politischer Basisarbeit im Kreisverband für alle Abgeordneten und Pflicht zu Rechenschaftsberichten.
6. Aufbau eines Pools von Mitarbeiter:innen, aus denen so viel wie möglich zu verschiedenen Abgeordneten und Fachgebieten rotiert werden kann.
7. Entwicklung einer basisnahen, egalitären parlamentarischen Arbeitsweise, der die von Parlamentsordnungen u.a. vorgesehenen Hierarchien bewusst durchbricht, keine Vorsitzenden- und sonstigen Dünkel.
8. Größtmögliche Vermeidung von Ämterhäufung, breite Streuung der Verantwortlichkeiten und Transparenz über Inhalt und Grenzen der jeweiligen Aufgabe.
9. Verlagerung des Schwerpunktes der Kreisverbände auf außerparlamentarische kommunale Verankerung. Mitarbeit in sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Verbänden. Aufbau von Parteistrukturen im Stadtteil und, wo möglich, in den Betrieben, in denen die Mitglieder arbeiten.

## DIE STRATEGISCHE KRISE

Wer soll das alles wie und mit wem durchsetzen? Auf diese Frage hat die LINKE immer weniger eine Antwort gefunden. Gleichwohl wurden ihre Programme immer detaillierter und umfangreicher. Sie verloren dadurch kaum etwas an Radikalität, aber die radikalen Teile wurden erschlagen von angeblich „realistischeren“ Unmengen an Kleinpunkten, so dass sich jede und jeder pragmatisch das aussuchen konnte, was gerade für das politische Umfeld passte. Unpolitischer Pragmatismus ist die Vorstufe zur Beliebigkeit und Prinzipienlosigkeit – die LINKE hat diese Vorstufe schon fast hinter sich gelassen.

Als einzige „Strategie“ hat die LINKE das gemeinsame Regieren mit SPD und GRÜNEN angeboten. Diese „Strategie“ blamiert sich auch heute noch jeden Tag durch die konkrete Politik dieser Wunschparteien und sie verärgert gleichermaßen all diejenigen, die bei der Gründung der LINKEN oder in den Jahren danach frustriert SPD und GRÜNE verlassen haben und in der LINKEN etwas Neues erhofften. Stattdessen wurde ihnen „R2G“, „SPD 2.0“ oder „Befreiung der SPD aus dem Gefängnis

bei der CDU“ versprochen – also nur Peinlichkeiten.

Eine Zeitlang, auch heute noch, wird als alternative Strategie mehr Bewegungsorientierung und „verbindende Klassenpolitik“ vorgeschlagen. Das ist im Grundsatz weniger seltsam, aber es fehlt bis dato eine Präzisierung, was das denn konkret bedeutet. In der Debatte wird aus „verbindender Klassenpolitik“ sogar gerne „Klassen verbindende Politik“ gemacht, was ungefähr das Gegenteil ist und eher zur SPD-GRÜNEN-Orientierung passt.

### Wir schlagen vor:

1. Die LINKE erklärt sich als demokratische, sozialistische Mitgliederpartei, die anderes will, anders arbeitet und von anderen Menschen getragen wird als alle anderen Parteien.
2. Es gibt für unsere Ziele und Tagesforderungen heute keine prädestinierten Bündnisparteien für Regierungskoalitionen. Wir stehen für die Sanierung des Kapitalismus auf Kosten der Mehrheit der Menschen und durch Unterordnung unter angebliche Sachzwänge nicht zur Verfügung.
3. Wir kämpfen überall dort, wo wir leben und arbeiten, für veränderte politische Kräfteverhältnisse und um die Mehrheit.
4. Es gibt keine parlamentarische Lösung für die großen Krisen der kapitalistischen Gesellschaft. Radikale Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse, mehr Macht für die Gesellschaft gegenüber den Privaten können nur von Unten erkämpft werden.
5. Wir werden uns auf eine längere Periode von Minderheitsregierungen einstellen, in denen die LINKE nur zu den Maßnahmen Ja sagt, die ihrem Programm und Zielen entsprechen. Keine Koalition und keine vertraglich abgesicherte „Duldung“ mit allen anderen Parteien.
6. Keine Unterstützung von Parteien, die aufrüsten, den Krieg vorbereiten, Kriege durch Auslandseinsätze und Waffenlieferungen befördern, den Krieg gegen Geflüchtete betreiben und deutsch-nationale Sonderinteressen propagieren. Gegen jede Doppelmoral.
7. Unser Ausgangspunkt ist und bleibt die Opposition zum Kapitalismus. Wir stärken alle Ansätze

gesellschaftlicher Gegenmacht, Kämpfe um Wiederaneignung und Vergesellschaftung. Die Zeit der Bescheidenheit muss ein Ende haben, es ist Zeit für radikale, revolutionäre Brüche mit dem Kapitalismus.

8. Aber wir spielen nicht Teilkämpfe gegeneinander aus. Die großen Fragen der Gegenwart – soziale, weltweite Gerechtigkeit, soziale Rechte für alle, Verhinderung der Kriege, Stopp der Klimazerstörung, humanitäre Flüchtlingspolitik und umfassende, inklusive demokratische Rechte für alle – gehören zusammen und es ist die vornehmste Aufgabe einer linken Partei, sie zusammenzuführen: Das ist die Grundessenz unseres Anti-Kapitalismus.

## DIE PROGRAMMATISCHE KRISE

Die Welt hat sich seit Gründung der LINKEN verändert, aber nicht in Richtung „Unsere Einschätzung war falsch“, sondern in Richtung „Die LINKE hat schneller recht bekommen als sie erwartet hat“. Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, die Grundbedürfnisse der Menschen zu sichern. Hunger, Wassermangel, und Gefahren durch Massenerkrankungen nehmen wieder zu. Die Ungerechtigkeit und Unterdrückung wachsen, ebenso wie Bildungsmangel, insbesondere gegenüber Mädchen und Frauen. Das Klima wird trotz aller internationaler Abkommen und Konferenzen schneller und stärker zerstört als bisher angenommen. Immer mehr Millionen von Menschen werden vertrieben und müssen fliehen. Und am schlimmsten: Der Krieg als die Politik fortsetzendes Mittel rückt von der Peripherie ins Zentrum und treibt die Großmächte in die nächste globale Auseinandersetzung.

All das verlangt nach klaren Alternativen zum Kapitalismus, der die Ursache für all diese Zustände ist. Ein ökologisch nachhaltiger Sozialismus oder Barbarei – das muss die Überschrift einer Aktualisierung des LINKE-Programms sein.



Klares Parteiergreifen, statt Rumeiern und Wegducken, Sagen, was ist – das ist auch heute die erste Aufgabe der Sozialist:innen.

### Wir schlagen vor:

1. Wenn sich das kapitalistische System selbst in Frage stellt, dann geben wir die Systemantwort. Es geht nicht um „Demokratie versus Autokratie“, um „Vernunft versus Unvernunft“, um „Staatsversagen“ und all die Nebelbomben, die heute von den Regierungen und regierungstreuen Parteien abgeworfen werden. Es geht um Eigentums- und Machtverhältnisse, es geht um Klassenkämpfe.
2. „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“. So ist es, und deshalb kann und muss die LINKE die Kriege der Welt, von dem in der Ukraine, im Sudan, im Kongo, in Kaschmir, im Jemen bis zu dem in Gaza, als Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise erklären. Wer die Kriege stoppen will, muss die Macht des Kapitals brechen.
3. Nicht der „Frieden“ beendet die Kriege, sondern eine zielgerichtete Antikriegspolitik und -bewegung. Unsere Mittel sind nicht mehr Waffen, sondern politische Aufklärung; Boykott und Streiks gegen die Rüstungsindustrie, Blockade von Kasernen und Raketenstützpunkten. Solidarität mit den Opfern der Kriege, Recht auf Desertion und internationale gemeinsame Anti-Kriegsdemonstrationen. Keine Diplomatie auf Kosten der Menschen.
4. Wir sind für Waffenstillstand und einen Friedensvertrag Russlands

mit der Ukraine und gegen den Stellvertreterkrieg der Nato, wir sind gegen Putin und gegen Selenskiy. Wir lehnen das Kriegsbündnis NATO ab und sind gegen imperialistische Kriege. Wir sind gegen Krieg und Besatzung der israelischen Armee und Regierung in Gaza und im Westjordanland. Wir sind für das Recht der palästinensischen Bevölkerung, sich gegen die Besatzung und Unterdrückung mit allen erforderlichen Mitteln zu wehren.

5. Wir beteiligen uns auch nicht an dem furchtbaren Krieg gegen die Flüchtlinge und an dem Abschoten von Deutschland und Europa, wir sind für die Auflösung der Frontex-Armee. Es gibt keine kapitalistische Lösung der Flüchtlingsfrage, deshalb organisieren wir den Widerstand gegen alle angeblichen „Lösungen“, die immer nur in Nationalismus und Rassismus enden.
6. Alle „neutralen“ Wissenschaftler:innen, die Klimagerechtigkeitsbewegung ohnehin, sprechen nur noch von schnellen, radikalen, revolutionären Maßnahmen, um das Klima zu retten. Nur die LINKE bleibt genügsam, weil sie nicht besonders auffallen will. Das muss sich ändern. Die LINKE stellt sich an die Spitze einer revolutionären Umweltbewegung und sie bringt ihre gewerkschaftliche Verankerung ein, um die Bewegung zu stärken.
7. Gleichzeitig muss es die LINKE sein, die das politische, gesamtgesellschaftliche Mandat der Gewerkschaftsbewegung zum Thema macht und die ökologischen For-

derungen, auch eine ökologische Tarifpolitik, in die Betriebe und die Gewerkschaften trägt.

## NEUE PARTEIKULTUR UND – DISKURSE

Die drei Krisen der LINKEN werden nicht durch den lieben Gott oder eine Vorlage aus dem Parteivorstand behoben. Wir benötigen die breiteste Einbeziehung der Mitgliedschaft, kleine Neugründungsparteitage in jedem Ort. Reclaim the Party, das ist unsere Aufforderung an alle alten und neuen Mitglieder.

### Wir schlagen vor:

1. Schluss mit der Harmoniesucht und langweiligen Einheitssoße, Mut zu Widersprüchen und Entscheidungen mit Mehrheit und Minderheit zu den wichtigen Fragen. Stärkung der Minderheitenrechte nach Abstimmungen, aber Disziplin im Handeln nach außen.
2. Abstimmungen über Gesamttexte in der „generellen Linie“ statt Kleinkrieg um Halbsätze und Worte.
3. Rückkehr zu einem größeren, repräsentativeren Parteivorstand.
4. Stärkung des Bundesausschusses durch Wahl der Mitglieder in den Ländern und Zusammenschlüssen.
5. Befreiung der Parteitage von allen nur für die Medien organisierten Spektakel, sondern Arbeitsparteitage von und für die Mitglieder.
6. Aufbau der LINKEN in Deutschland als zukunftsfähiges Modell für andere europäische Staaten und ein entsprechender Neubeginn für die Europäische Linke.

# DURCH 100.000 TÜREN IN DEN BUNDESTAG?

Lukas Eitel von der AKL sprach mit Ferat Koçak (MdA) und Sören Pellmann (MdB)

Für die Wahlstrategie der Linken wurden und werden die Direktmandate immer wichtiger. Während Die Linke 2021 noch eher zufällig dank drei Direktmandaten doch in den Bundestag kam, geht es seit den desaströs verloren EU-Wahlen planvoller zu. In Sachsen fokussierte die Wahlstrategie auf drei Leipziger Direktmandate, von denen am Ende zwei gewonnen wurden. Insbesondere die bundesweite Mobilisierung für die Kandidatur von Nam Duy Nguyen in Leipzig 1 führte dazu, die für die sächsische Grundmandatsklausel notwendigen zwei Wahlkreise zu gewinnen.

Bei den kommenden Bundestagswahlen fährt Die Linke eine Doppelstrategie. Zum einen sollen über 5 Prozent Zweitstimmen erzielt werden und zur Absicherung drei Direktmandate für die Grundmandatsklausel gewonnen werden. Die Wahlstrategie des Parteivorstandes zielt neben den bekannten drei Silberlocken noch auf drei weitere Wahlkreise mit jüngeren Kandidatinnen und Kandidaten: Sören Pellmann in Leipzig-Süd, Ines Schwertner in Berlin-Lichtenberg sowie Stella Merendino in Berlin-Mitte. Wir wünschen allen Kandidierenden viel Erfolg!

Darüber hinaus unternehmen aber auch weitere Genossinnen und Genossen ernsthafte Versuche, ihre Wahlkreise zu gewinnen.

Die Interviews führte  
Lukas Eitel



Lukas Eitel ist Mitglied im Bundessprecher\*innenrat der AKL und Mitglied im Landesvorstand der Linken in Bayern.

Einer von ihnen ist **Ferat Koçak** (MdA), Direktkandidat für Berlin-Neukölln. Wir haben als AKL schon häufig mit Ferat im Kampf für eine antimilitaristische und antikapitalistische Linke zusammengearbeitet. Zu seiner Direktkandidatur, seiner politischen Arbeit und zum Tag nach der Wahl haben wir ihm einige Fragen gestellt:

**Du möchtest ein Direktmandat gewinnen. Das ist für Die Linke und auch in deinem Wahlkreis keine Selbstverständlichkeit. Was macht ihr anders als die bisherige Praxis der Linken?**

Ferat Koçak: Es ist eine Kombination aus klarer Haltung und aufsuchender Praxis. Unser Ziel ist es, als Linke Neukölln an tausende Haustüren im Bezirk zu klopfen und 10.000 Wahlzusagen zu bekommen. Wir wollen mit den Menschen ins Gespräch kommen: Wo drückt der Schuh? Worüber sind die Menschen besonders wütend? Wie können wir gemeinsam handeln? Die Ergebnisse unserer Gespräche sollen dann in einer Stadtteilversammlung mit der Nachbarschaft diskutiert werden und wichtiger Teil unserer Forderungen für den Wahlkampf werden. Hunderte Aktive waren mit uns bereits an den Türen und wir sind zuversichtlich, dass wir gewinnen können.

**Sozialgesprächstunden, Durchschnittslohn für Abgeordnete, Sozi-**



Ferat Koçak

**alfonds: In der Linken wird gerade viel darüber diskutiert. Wie macht ihr das vor Ort?**

Ferat Koçak: Es geht darum zu zeigen, dass Politik anders geht. Wir können nicht alleine die krassen sozialen Probleme dieses Bezirks lösen, aber mit unseren regelmäßigen Sozialgesprächstunden und unseren klar formulierten Mandatsträger\*innen-Abgaben in Neukölln machen wir uns glaubwürdig. Mein Gehalt deckeln wir auf 2.500 €, der Rest fließt in die Sozialrechtsberatung und Initiativen vor Ort. Wir füllen damit auch einen Sozialfonds, mit dem wir bei Notfällen direkt helfen können. Denn klar ist: abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik.

**Spielt der Zusammenhang zwischen Sozialabbau und Militarisierung bei euch im Wahlkampf eine Rolle?**

Ferat Koçak: Klar! Der Bezirk ist mas-

siv von Armut und den Sozialkürzungen in Berlin betroffen. Es gibt immer wieder Menschen an den Haustüren, die zurecht fragen, wie es sein kann, dass Milliarden für die Rüstung da sind, während hier die Kitas, Schulen, Jugendclubs und Sozialarbeit in Gefahr sind. Außerdem sind hier viele Menschen direkt betroffen. Neukölln ist Heimat von tausenden Menschen mit Wurzeln in Palästina und Kurdistan, sie haben Menschen verloren und haben jeden Tag Angst um ihre Familien und Bekannte.

**Wenn du das Direktmandat gewonnen hast, wie geht es dann weiter?**

Ferat Koçak: Das Signal ist klar: Das ist nicht mein Mandat, sondern ein Mandat der Neuköllner\*innen, die gemeinsam gegen Sozialabbau, Rassismus, Krieg und für eine solidarische Gesellschaft zusammenstehen. Wir wollen gleichzeitig die Menschen da abholen, wo ihre konkreten Probleme sind und gleichzeitig deutlich machen, dass das Grundproblem Kapitalismus heißt. Ich will meine Energie und die Ressourcen für die Nachbarschaft, für den Kiez einsetzen. Auch im Abgeordnetenhaus habe ich gezeigt, dass ich eine enge Verbindung zu Initiativen und Bewegungen habe, das möchte ich fortführen und verstärken.

**Sören Pellmann, Vorsitzender der Linken im Deutschen Bundestag stand uns ebenfalls kurzfristig für ein Interview zur Verfügung. Auch mit Sören haben wir in der Vergangenheit insbesondere bei Diskussionen über die friedenspolitische Ausrichtung der Linken gut zusammengearbeitet.**

**Du verteidigst dein Direktmandat. Wahlkreise zu gewinnen ist für Die Linke keine Selbstverständlichkeit. Was habt ihr anders gemacht bzw. macht immer noch anders, dass dieser Erfolg gelungen ist?**

Sören Pellmann: Dazu zählt aus meiner Sicht in erster Linie eine feste Verankerung vor Ort und die Präsenz der Partei nicht nur in Wahlkampfzeiten. Aus dem Kleinen, erwächst bekanntlich das Große. Das ist dann die tägliche Kleinarbeit, an Infoständen, in Sprechstunden oder die Organisierung von Aktionen vor Ort gegen soziale Missstände oder für bestimmte politische Ziele. Auch die Arbeit in den kommunalen Parlamenten bringt einen mit den Sorgen und Nöten der Bürger in Kontakt, denn die große Politik schlägt sich immer in den Kommunen nieder. Das Aussetzen der Vermögenssteuer oder die Herabsetzung

Sören Pellmann

der Unternehmenssteuern führte dazu, dass die Verwaltungen der Kommunen nicht mehr richtig funktionieren, soziale Projekte nicht mehr finanziert werden können oder der öffentliche Nahverkehr immer schlechter wird. Auch wenn man nichts Grundsätzliches daran in der Kommune ändern kann, kann man manchmal das Schlimmste verhindern und die Zusammenhänge für die Öffentlichkeit herstellen.

**Sozialgesprächstunden, Durchschnittslohn für Abgeordnete, Sozialfonds: In der Linken wird gerade viel darüber diskutiert. Wie macht ihr das vor Ort?**

Sören Pellmann: Für mich ist es entscheidend, dass Politik nicht abgehoben, sondern nah bei den Menschen gestaltet wird. Deshalb sind Sozialgesprächstunden ein zentraler Bestandteil meiner Arbeit. Hier höre ich den Menschen zu, erfahre von ihren Sorgen und Herausforderungen, und wir suchen gemeinsam nach konkreten Lösungen. Politik muss direkt ansprechbar sein, und genau das setze ich mit meinen regelmäßigen Bürgersprechstunden um. Zusätzlich bieten wir im Wahlkreisbüro jeden Monat auch eine spezielle Sozialberatung an.

Ich unterstütze die Idee, dass Mandatsträger nicht über den Verhältnissen der Menschen leben sollten, die sie vertreten. Eine Orientierung an einem Durchschnittslohn ist sinnvoll, um die Bodenhaftung nicht zu verlieren. Ich sehe es als unsere Aufgabe, vor allem jenen eine Stimme zu geben, die sich oft nicht gehört fühlen.

Was den Sozialfonds angeht, ist es wichtig, Solidarität auch innerhalb der Partei praktisch zu leben. Bei uns vor Ort geht es darum, zu helfen, wo Bedarf besteht – sei es durch Unterstützung von gemeinnützigen Vereinen, sozialen Projekten, Initiativen oder direkten Hil-

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG



fen. Das Prinzip der Umverteilung von Ressourcen ist nicht nur ein politisches Ziel, sondern gelebte Praxis.

**Spielt der Zusammenhang zwischen Sozialabbau und Militarisierung bei euch im Wahlkampf eine Rolle?**

Sören Pellmann: Ja, wir plakatieren zum Beispiel in Leipzig gegen die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland, würde die Stationierung doch Deutschland zum Ziel russischer Raketen machen. Ein Thema, das die Bevölkerung zu Recht beunruhigt. Zudem verdeutlichen wir den Zusammenhang von Militarisierung und sozialen Einsparungen, der „Kanonen-statt-Butter-Politik“ der Herrschenden. Wir zeigen auf, wie viel Milliarden für die Aufrüstung verwendet werden, übrigens der einzige Posten, der im letzten Bundeshaushalt gestiegen ist und was man mit diesem Geld in der Kommune hätte finanzieren können. Zudem wird ein großes Thema die Wiedereinführung der Wehrpflicht sein. Da hört man über Parteigrenzen hinweg: „Ich will meine Kinder nicht in den Krieg schicken!“

**Wenn du das Direktmandat verteidigt hast, wie geht die Arbeit dann weiter?**

Sören Pellmann: Ich gehe erst einmal davon aus das wir über die 5 Prozent-Hürde kommen und die Linke wieder als Fraktion in den Bundestag einziehen wird. Dieses Land braucht eine linke Opposition im Bundestag, in der Friedensfrage, in der sozialen Frage, in der Vertretung der nach wie vor benachteiligten Ostdeutschen. Zu dem glauben wir nicht an das Ende der Geschichte. Dazu werde ich meinen Beitrag in Leipzig leisten.

**Leipzig bleibt rot!**

# EIN LINKER WOHNUNGSAKTIVIST WILL IN DEN BUNDESTAG

Kalle Gerigk, 65 Jahre alt, lebt in Köln. Er ist seit Jahren aktiv in der Mieter\*innenbewegung wie etwa „Recht auf Stadt Köln“ oder „Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn“ auf Bundesebene. Stadtbekannt wurde er durch die Kampagne „Alle für Kalle“ gegen die Wohnungsräumung für ihn selbst. Jetzt bewirbt sich Kalle für eine Kandidatur zum Bundestag für die LINKE. Kalle ist leidenschaftlicher Sänger, seine Coverversion von „In unserem Veedel“ erzeugt regelmäßig Gänsehauteffekte.

Die AKL unterstützt ihn von ganzem Herzen – Alle für Kalle!

## Wohnen ist keine Ware

Die Welt ist mit vertieften alten und neuen sozialen Spaltungen konfrontiert. Ein Megaproblem ist die Wohnungsnot. Die Sorge vor unbezahlbaren Wohnungen rangiert mit 52% auf Platz drei der größten Ängste. Kernaufgabe linker Politik ist es, Wohnungsnot zu bekämpfen und für bessere Wohnverhältnisse zu sorgen. Richtig ist zwar, dass die LINKE auch eigenständige wohnungspolitische Positionen entwickeln und in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen muss. Dies wird sie aber besser erreichen, wenn sie mit Mieterbewegungen an einem Strang zieht. Daher ist es so wertvoll, dass auch Mieterbewegungen wie „Recht auf Stadt“ oder das bundesweite Bündnis „Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn“ das Thema Wohnungspolitik seit langem bearbeiten.

## Kalle Gerigk



Klar ist aber auch: Ohne eine starke LINKE im Bundestag ist eine gerechte Wohnungspolitik nicht zu schaffen. Daher ist es im Interesse aller Linken, dass die LINKE Partei wieder in den Bundestag einzieht. Aus diesem Grund habe ich mich entschlossen, als Kandidat der LINKEN für ihren Wiedereinzug in den Bundestag zu kämpfen. Damit dies klappt, müssen die LINKE Partei und Initiativen gegen Wohnungsnot und Verdrängung kooperieren, den Kontakt zu den Mieterinnen und Mietern wahren und öffentlichen Druck organisieren: gegen Mietenwahnsinn und für eine sozial gerechte Wohnraumversorgung.

Wir brauchen hierfür geballte LINKE Kompetenz im Bundestag, und bei einem Einzug der LINKEN in den Bundestag werde ich im parlamentarischen Ausschuss „Wohnen“ arbeiten. Wichtig ist aber auch: LINKE Mitglieder des Bundestags dürfen nicht im Bundestag abtauchen, sondern müssen sich auch weiterhin in die Gliederungen der Partei wie etwa in die LINKE LAG „Wohnen“ aktiv einbringen. Die Fraktion darf sich nicht verselbständigen. Partei und Fraktion müssen vielmehr wohnungspolitisch kooperieren und beide den Kontakt zu den Menschen wahren. Vier Punkte sind dabei in der Wohnungspolitik zentral.

## Für einen wirksamen Mietendeckel

Erstens: Mietrecht ist Bundesrecht. Gegen explodierende Mieten brauchen wir einen bundesweiten Mietendeckel. Dieser muss sich auf Bestands- wie auf

Angebotsmieten erstrecken und auch Mikroappartements miteinbeziehen. Mietwucher muss bekämpft werden. Zudem gilt: Eigenbedarfskündigungen sollten dem Grundsatz nach nicht erlaubt sein. Wenigstens aber sollte bei der Umwandlung von Miethäusern in Eigentumswohnungen die bundesweite Kündigungsfrist erhöht werden, und zwar auf genau 10 Jahre statt wie bisher nur maximal 10 Jahre!

Des Weiteren müssen soziale Erhaltungssatzungen gemäß Baugesetzbuch verstärkt genutzt werden. Im Falle einer bedrohten gemischten Zusammensetzung der Wohnbevölkerung können dadurch der Rückbau, die Änderung oder die Nutzungsänderung baulicher Anlagen durch öffentliche Genehmigungspflicht eingedämmt werden. Auch die Zweckentfremdung von Wohnraum muss zurückgedrängt werden. Beispielsweise sind die Spielräume für Wohnraumzweckentfremdungssatzungen zur Eindämmung von privaten Unternehmen wie Airbnb zu verbessern. Schließlich muss die öffentliche Hand durch das Baugesetzbuch bessere Möglichkeiten für den An- und Vorkauf von Grund, Boden und Immobilien erhalten. Das öffentliche Vorkaufsrecht muss ausgedehnt werden, und die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, Grund, Boden und Immobilien ohne übertriebene Preise im Vorrang zu erwerben!

Kurzum: Aufgabe der Bundespolitik ist es, den Mieterschutz auszudehnen und die Spielräume für eine soziale und ökologische Wohnungspolitik zu erweitern.

## Gegen die Profitlogik im Wohnungswesen

Zweitens: Die Bundespolitik muss alle Hebel in Bewegung setzen, damit die öffentliche Hand gegen die Dominanz kapitalistischer Profitorientierung gestärkt wird. Dies betrifft sowohl den Wohnungsbau in öffentlichem Eigentum wie auch den sozialen, öffentlich geförderten Wohnungsbau privater wie öffentlicher Eigentümer mit Miet- und Sozialbindung. Im Hinblick auf den öffentlichen Wohnungsbau könnte der Bund zur Erweiterung klimagerechter und erschwinglichen Wohnens die finanzielle Basis öffentlicher Wohnungsunternehmen in kommunalem oder Landeseigentum stärken – entweder als Miteigentümer oder als günstiger Kreditgeber über Investitionsbanken des Bundes.

Was den sozialen, öffentlich geförderten Wohnungsbau anbetrifft, bedarf es einer grundlegenden Reform, damit das Herausfallen vormals geförderter Wohnungen aus der Miet- und Sozialbindung gestoppt wird. Im Gegenzug für steuerliche Erleichterungen, günstige öffentliche Kredite und staatliche Subventionen müssen geförderte Wohnungsunternehmen im Rahmen einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit einer ewigen Miet- und Sozialbindung unterworfen werden: einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung!

## Vergesellschaftung der großen Wohnkonzerne

Drittens: Wohnen ist Menschenrecht: Profitorientierte Wohnkonzerne mit vielen Wohnungen müssen entmachtet und demokratisiert werden. Hierzu gehört auch die demokratische Vergesellschaftung großer kapitalistisch agierender Wohnkonzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen.



Damit die Wohnung im Winter warm bleibt!

# DIE LINKE.

In jedem Fall muss die Mitbestimmung von Mieter\*innen in Wohnungsunternehmen ausgedehnt werden – unbedingt in öffentlichen Wohnungsunternehmen und sofern möglich auch in privaten. Auch die Notlage von Obdachlosen darf nicht ignoriert werden. Der linke Grundsatz lautet: Housing first! Obdachlose sollen mit Hilfe des Bundes kommunale Wohnungen statt Notunterkünfte erhalten, damit das Sterben auf der Straße ein Ende hat!

## Klimaschutz und sozial gerechtes Wohnen – beides geht zusammen

Viertens: Von enormer Wichtigkeit ist es, soziale und ökologische Probleme zugleich anzupacken. Unmissverständlich muss klar sein: Klimagerechtigkeit in der Wohnungspolitik ist ein linkes Ziel! Ein Problem resultiert jedoch daraus, dass die grundsätzlich richtige Internalisierung externer ökologischer Schäden zu sozialen Belastungen führt. Ein Beispiel: Sind Häuser günstig, aber schlecht isoliert, verbrauchen die Bewohner später viel Energie fürs Heizen, was das Klima für alle durch mehr CO<sub>2</sub>

in der Atmosphäre belastet. Bei der Internalisierung durch CO<sub>2</sub>-Vorgaben achten Bauunternehmen darauf, energieeffiziente Häuser zu bauen oder effizient zu modernisieren. Gut: So wird verhindert, dass die Klimakosten für die Umwelt künftig von allen getragen werden. Der Pferdefuß: Vermieter legen ihre dann erhöhten Kosten auf die Mieterinnen und Mieter um. Es darf aber nicht sein, dass Normalverdiener mehr als 30% ihres Einkommens für teure Miete zahlen!

Was ist die Lösung? Um sozialwidrige Mieterhöhungen durch klimapolitisch vernünftige energetische Maßnahmen zu verhindern, ist zum einen besagter Mietendeckel erforderlich. Zum anderen müssen Vermieter gezwungen werden, mietsenkende öffentliche Subventionen zum Klimaschutz in Anspruch zu nehmen, damit steigende Bereitstellungskosten nicht zu steigenden Mieten führen! Lange Rede, kurzer Sinn: Soziale und Klimafragen müssen zusammengedacht und Widersprüche politisch aufgelöst werden! Die LINKE ist unerlässlich, damit das Klima geschützt wird und Mieten zugleich bezahlbar bleiben.

Fazit: Die Menschen haben eine bessere Wohnungspolitik verdient. Vor uns liegt dabei ein Berg an Aufgaben! Diese Aufgaben müssen wir als LINKE gemeinsam lösen. Und dies können wir auch: wenn wir kompetent im Bundestag wirken, wenn Partei und Fraktion wohnungspolitisch kooperieren und wenn wir den Kontakt zu den Menschen wahren. Wir müssen die richtige Mieter\*innenpolitik schon selber machen. Hierzu möchte ich beitragen, und hierfür sollten LINKE Partei und gesellschaftliche Linke gemeinsam kämpfen!

# VON DER FRIEDENSBEWEGUNG ZUR ANTI-KRIEGSBEWEGUNG

Wie kann nachhaltiger Widerstand gegen Aufrüstung und Zeitenwende organisiert werden?

Die Kriege um die Ukraine und der Krieg Israels gegen die Bevölkerung in Gaza sowie die Ausweitung des Nah-Ost-Konfliktes auf den Libanon und Syrien werden derzeit von vielen Menschen in den USA und Europa als große Konflikte mit der Gefahr einer Eskalation in Richtung Weltkrieg wahrgenommen. Dabei wird häufig nicht beachtet, dass weltweit Kriege zunehmen. Die Welt steht buchstäblich in Flammen. In der Ukraine, in Myanmar, im Nahen Osten, am Horn von Afrika und rund um die afrikanische Sahelzone haben sich bewaffnete Konflikte in den letzten drei Jahren ausgeweitet und verschärft. Die Zahl der Konflikttoten könnte bis Ende des Jahres 2024 auf über 200.000 steigen und wäre damit seit 2021 um fast ein Drittel gestiegen. Außerdem schätzen die Vereinten Nationen, dass die Zahl der durch Konflikte, Gewalt und Verfolgung vertriebenen Menschen im Jahr 2024 mehr als 120 Millionen betragen wird.

von Inge Höger

Die Ursachen für viele dieser Kriege ist die zunehmende Jagd auf begrenzte Rohstoffressourcen, insbesondere die Schmierstoffe des Kapitalismus, Öl und Gas aber zunehmend auch seltene Erden. Hauptverantwortlich für viele dieser Kriege sind US-Militärinterventionen überall auf der Welt. Nach den Daten des US-Kongresses wurden insbesondere nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zwischen 1991 und 2022 insgesamt 251 Kriege durch die USA angezettelt. Vor allem der von den USA nach dem 11. September 2001 ausgerufenen Krieg „gegen den Terror“



Inge Höger ist Mitglied im Bundessprecher\*innenrat der AKL, frühere Landessprecherin der LINKEN in NRW

ist eine Quelle von Destabilisierungen und führte häufig zu einer Zunahme an Gewalt und kriegerischen Konflikten. Nicht übersehen werden darf dabei, dass auch der sog. „Krieg gegen den Terror“ ein Krieg um den Zugang zu Ressourcen und Einflusszonen war und ist.

Nach dem Ende des sog. „Kalten Krieges“ und dem Zusammenbruch der Sowjetunion war es das erklärte Ziel der USA, die einzige Weltmacht zu sein und zu bleiben. Dazu gehörte nicht nur die militärische Überlegenheit durch Militärstützpunkte auf der ganzen Welt und das jederzeitige Eingreifen gegen vom US-Imperialismus unabhängige Staaten, sondern es ging vor allem um den uneingeschränkten Zugang zu Ressourcen weltweit. Alle Länder, die sich dem widersetzen, wurden mit Putschen und Kriegen bedroht. Die Liste ist lang: Iran, Irak, Afghanistan und aktuell Russland nach dem Einmarsch in die Ukraine.

Mit der Ausweitung der Kriege gedeiht auch das Geschäft mit dem Krieg. Die großen Waffenschmieden erreichten weltweit in 2023 ein überdurchschnittliches Wachstum und 2024 wird es nochmal rasante Steigerungen geben. Nach der jüngsten SIPRI-Rangliste haben die 100 größten Rüstungsproduzenten ihren Umsatz um 4,2 Prozent im Jahr auf 632 Milliarden US-Dollar steigern können. Den größten Anteil haben nach wie vor die US-Konzerne,

die mit einem Umsatz von 317 Milliarden US-Dollar fast 50 Prozent des globalen Umsatzes erreichten. Danach kommen die Waffenschmieden aus Europa mit einem Umsatzanteil von 133 Milliarden US-Dollar, entsprechend 21 Prozent. Die großen Rüstungskonzerne aus Deutschland konnten ihren Umsatz im Jahr 2023 im Gegensatz zur internationalen Konkurrenz um 7,4 Prozent statt „nur“ 4,2 Prozent steigern. Rheinmetall und Diehl verdienen insbesondere am Ukraine-Krieg. Diehl steigerte seine Verkäufe dank des Bedarfes an Munition und an Flugabwehrsystemen um 30 Prozent, Rheinmetall verzeichnete ein Umsatzwachstum von 10 Prozent. Das stärkste Wachstum, bedingt durch den Ukraine-Krieg erreichte Russland mit 40 Prozent. Am Gaza-Krieg verdienten vor allem die israelischen Rüstungskonzerne. Laut SIPRI stieg der Umsatz von Elbit Systems, Israel Aerospace Industries und Fafael um 15 Prozent auf 13,6 Milliarden US-Dollar.

## Stellvertreterkrieg um die Ukraine

Der Krieg um die Ukraine dauert schon fast drei Jahre. Ein Ende ist nicht abzusehen. Er ist schon lange in einen grausamen und verlustreichen Stellvertreterkrieg übergegangen. Dieser Krieg wird nicht durch immer mehr Waffen-



lieferungen gestoppt. Nach einem langwierigen Abnutzungskrieg, in dem eher Russland nach und nach leichte Gebietsgewinne erzielt, ist offensichtlich, dass immer mehr Waffen keine Wende gebracht haben. Mehr Waffen führen nur zu mehr Tod und Zerstörung. Inzwischen wird auch durch US-Stellen offen zugegeben, dass dieser Krieg ein Stellvertreterkrieg ist, ein Krieg zwischen Russland und der NATO ausgetragen auf dem Boden der Ukraine. Die Interessen der Bevölkerung in der Ukraine, ihr Recht auf Selbstbestimmung und friedliche Entwicklung spielen in diesem globalen Interessensgemenge keine Rolle mehr.

Krieg ist kein Naturereignis. Kriege haben Ursachen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wollten die USA und die EU den Zugriff auf die Ressourcen in Zentralasien. Ein kapitalistisches Russland mit eigenen imperialen Interessen wird zunehmend als Konkurrent, in Wallstreet-Sprache als rivalisierende Macht, angesehen. Durchgesetzt wurden die Interessen der USA durch die NATO-Osterweiterung und Aufnahme in bzw. Assoziierungsabkommen mit der EU. Viele ehemalige Sowjetrepubliken wurden nach und nach in die NATO und anschließend in die EU aufgenommen, die Einkreisung des Konkurrenten Russland immer enger. Russland will die wirtschaftlichen Verflechtungen in die ehemaligen Sowjetrepubliken insbesondere in die Ukraine erhalten und selbst als globaler Player im Kampf um Märkte und Einflusszonen handlungsfähig bleiben. Deshalb die völkerrechtswidrige Invasion in die Ukraine und die harte Anti-Nato-Positionierung. Die

USA und die EU wollen ihrerseits ihre geostrategischen Einflusszonen erweitern.

Als die ukrainische Regierung 2013 die Unterschrift unter ein ausgehandeltes EU-Assoziierungsabkommen aussetzte, mit dem gewachsene Wirtschaftsverbindungen zu Russland gekappt werden sollten, unterstützten die USA und die EU 2014 den Maidan-Putsch, der zum Sturz der Janukowitsch-Regierung führte. Sie setzten eine den USA genehme Regierung ein, die durchgesetzt war von rechten Nationalisten und Faschisten. Russlands Antwort war die Besetzung der Krim, wo ihre Schwarzmeerflotte in einem eisfreien Hafen liegt. Seitdem wird die NATO mit ihren Truppen zu-

sehends gegen Russland aufgerüstet und mit Groß-Manövern in Stellung gebracht. Parallel rüstete die NATO die ukrainische Armee mit modernen Waffen nach NATO-Standards aus. Das Land erhielt seit 2014 moderne Waffen, militärische Ausbildung, gemeinsame Militärübungen und Maßnahmen zur Integration der Ukraine in die NATO.

Die Ukraine ist reich an natürlichen Ressourcen. Dazu gehören Eisen, Mangan, Uran, Titan, Lithium, Graphit und andere wertvolle Rohstoffe. Auch die fruchtbaren Ackerböden, die die Ukraine zu einem bedeutenden Exporteur von Getreide machen, sind begehrt. Bei den gewaltigen Summen für die Sicherung und Aufrüstung der Ukraine geht es um die Sicherung von Einflusszonen und den Zugriff auf die Ressourcen. Der Ausverkauf der Ukraine an US-amerikanische Vermögensverwalter hat bereits begonnen. Deutschland möchte sich

mit seinen umfangreichen Waffenlieferungen einen Teil am Kuchen sichern.

## Der Nahe und Mittlere Osten und die US-Interessen

Auch beim Krieg Israels gegen die Palästinenser\*innen geht es den USA als größter Unterstützer und Waffenlieferant darum, den Staat Israel als Vorposten für die geopolitische Kontrolle über den Zugang zu Rohstoffen im Nahen Osten und die Sicherung der Handelsrouten zwischen Asien und Europa zu erhalten. In diesem Kontext werden dem israelischen Staat und seiner Armee weitestgehend freie Hand gelassen, das koloniale Besatzungsregime über Palästina aufrechtzuerhalten.

Das Ziel der USA ist es, eigene Interessen der Staaten und vor allem Bündnisse zwischen den Staaten im Nahen Osten zu verhindern. Das Pentagon stationierte vor kurzem noch ein hochmodernes Raketenabwehrsystem in Israel mit 100 Soldaten für einen möglichen Krieg gegen den Iran. Seit Beginn des Krieges Israels gegen die Bevölkerung in Gaza wurden weitere Flugzeugträger und B-52-Bomber in die Region entsandt zum Schutz Israels und für die Durchsetzung von US-Interessen in der Region. Die USA sind der größte Waffenlieferant Israels.

Das Ziel dieser Politik ist die Kontrolle des Großraums Mittlerer Osten von Afghanistan bis zum Atlantik. Sie wird abgesichert durch US-Militärbasen und Flugzeugträger in der Region. Israel ist der Stützpunkt, über den die US-Interessen kontrolliert werden. Israel verfolgt auch Eigeninteressen. Es strebt unter der rechten Netanyahu-Regierung ein „Groß-Israel“ an, das mindestens vom Jordanfluß bis zum Mittelmeer





Seiten bereits 300 Milliarden gefordert und eine jährliche Finanzierung von mindestens 100 Milliarden Euro.

Die immensen Kosten für Waffenlieferungen an die Ukraine und die Aufrüstung der Bundeswehr sowie die Folgen der Sanktionen gegen Russland führen zu enormen Belastungen der Arbeiter\*innen-

reich. An den Frontlinien von Gaza und dem Libanon sollen weitere Siedlungen gebaut werden und ein weiteres Kriegsziel ist der Iran.

Bis jetzt sind die arabischen Golfstaaten wirtschaftlich und militärisch noch eng mit den USA und deren Geschäftsmodell verbunden. Aber es gibt gerade auch durch den Genozid gegen die Palästinenser\*innen in Gaza Absetzbewegungen und den Versuch, sich mit den Ländern der Region einschließlich dem Iran zu verständigen und einen eigenständigen Weg zu gehen. Ein eigenständiger Weg und der Versuch, sich mit den BRICS-Staaten neue wirtschaftliche Möglichkeiten zu erschließen, werden von den USA nicht gerne gesehen.

Die Bundesregierung unterstützt die von den USA und der NATO vorgegebene Politik und hofft ihrerseits auf die Sicherung der Zugänge zu den fossilen Ressourcen in der Region und die Sicherheit der Handelswege rund um das Horn von Afrika. Deutschland ist der zweitgrößte Waffenlieferant an Israel und macht sich damit mitschuldig am Völkermord. Deutschland liefert Waffen an Israel und bietet gleichzeitig Hilfe an für die Menschen, die mit diesen Waffen gejagt, vertrieben und getötet werden.

### Zeitenwende für die Verteilung der Kriegskosten

Mit Beginn des Ukraine-Krieges hat Bundeskanzler Scholz eine Zeitenwende ausgerufen. Mit einer Anschubfinanzierung von 100 Milliarden Euro Schulden soll die Bundeswehr aufgerüstet werden für den Kampf gegen Russland. Inzwischen werden von verschiedenen

klasse durch die Inflation und Sparmaßnahmen bei der Daseinsfürsorge. Der Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts Ifo, Clemens Fuest, stellte Anfang des Jahres fest: „Kanonen und Butter – es wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland, das geht nicht.“ Kriegsminister Pistorius kritisierte in der letzten Tarifrunde für den öffentlichen Dienst, hohe Tarifabschlüsse würden die „Kriegstüchtigkeit“ gefährden.

Deutschland macht sich auf den Weg, zur viertgrößten Militärmacht der Welt zu werden. Die Militarisierung geht auf Kosten von allem was nicht der Kriegstüchtigkeit dient. Diese Aufrüstung wird nicht die Sicherheit erhöhen, sondern die Kriegsbereitschaft und damit die Kriegsgefahr steigern. Die geplante Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen in Deutschland verschärft die Kriegsgefahr. Die Raketenstationierung läuft mit der ideologischen Mobilmachung zusammen.

Die Sanktionen gegen Russland treffen nicht nur die Menschen in Deutschland, sondern erst recht die Arbeiter\*innenklasse in Russland und in den Ländern des Südens, die auf Getreidelieferungen aus Russland und der Ukraine angewiesen sind. In der EU belasten steigende Energiepreise und Lieferengpässe sowohl Unternehmen als auch Verbraucher\*innen. Die Kosten des Krieges sind von der Bevölkerung in allen an den Kriegen beteiligten Ländern zu tragen. In den direkt beteiligten Ländern zahlen die Arbeiter\*innen als Soldat\*innen zusätzlich einen hohen Blutzoll. Und in Gaza, dem Libanon und nun Syrien ist die Zivilbevölkerung besonders betroffen.

### Eskalation der Kriege bis zur Gefahr eines dritten Weltkrieges

Die Politik der NATO und der EU in Form von Waffenlieferungen und Kriegsunterstützung für die Ukraine und auch für Israel wird verschleiert durch Formeln wie „Kampf für die Freiheit Europas“ und „Solidarität mit den angegriffenen Ländern“ und ihrem „Recht auf Selbstverteidigung“. Dabei werden die Menschenrechte auf Asyl und Kriegsdienstverweigerung sowie das Recht auf Frieden und körperliche Unversehrtheit den geopolitischen Interessen geopfert.

Die westlichen Industrienationen brechen bei ihrer Aufrüstung der Ukraine immer neue Tabus. Vor einiger Zeit haben die USA die Lieferung von Antipersonenminen genehmigt. Der Einsatz von Landminen ist seit 1999 weltweit geächtet und verboten. Antipersonenminen sind Waffen, die noch lange nach Beendigung eines Krieges im Boden liegen und die Zivilbevölkerung wahllos verstümmeln und töten. Zudem haben die USA, Großbritannien und Frankreich den Beschuss russischen Territoriums mit weitreichenden westlichen Waffen erlaubt. In Deutschland wird weiter über die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern diskutiert.

Nach dem ersten ukrainischen Beschuss russischer Gebiete mit den US ATACMS-Raketen antwortete Russland mit einer Neufassung der russischen Atomdoktrin. In der wird die Einsatzschwelle für den Einsatz von Atomwaffen für den Fall eines konventionellen Angriffs gesenkt. Der Ukraine-Krieg ist an einem Scheideweg angekommen.

Auch Israel eskaliert seinen Krieg im Nahen Osten und weitet ihn auf den Libanon und Syrien aus. Ein Angriff auf den Iran wird nicht mehr ausgeschlossen. Im Januar 2024 wies der Internationale Gerichtshof in Den Haag die Klage Südafrikas wegen Verstößen gegen die Völkermordkonvention nicht ab. Die Klage sei plausibel und es wurden sechs vorläufige Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung von der israelischen Regierung gefordert. Diese Auflagen wurden von der rechten israelischen Regierung ignoriert. Die Bombardierung der Bevölkerung in Gaza und die Häuserstörungen und Vertreibungen der Palästinenser\*innen in der Westbank nahmen zu.

Am 19. Juli 2024 stellte der internationale Strafgerichtshof ein Rechtsgutachten zur israelischen Besatzungs-

politik vor. Danach ist die israelische Besatzung der Westbank, des Gazastreifens und Ostjerusalems ein Verstoß gegen das Völkerrecht und Israel verpflichtet, die Besatzung so schnell wie möglich zu beenden, den Siedlungsbau einzustellen und alle Siedler\*innen aus den besetzten Gebieten wieder umzusiedeln. Im November hat der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen den israelischen Premier Netanyahu, Ex-Verteidigungsminister Gallant und den Hamas-Anführer Deif erlassen. Netanyahu und Gallant stehen unter dem Verdacht Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Gazastreifen verübt zu haben.

### Solidarität mit den Opfern der Kriege

Als Antikapitalist\*innen untersuchen wir immer die Ursachen von Kriegen und stellen uns auf die Seite der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Wie jede kapitalistische Gesellschaft sind sowohl Russland und die Ukraine als auch Israel Klassengesellschaften. Es bestehen gesellschaftliche Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, zwischen dem Besitz an Produktionsmitteln und dem Besitz von nur der Arbeitskraft, zwischen Arm und Reich oder zwischen Oben und Unten.

Sowohl in Russland als auch der Ukraine haben sich Oligarchen – also Kapitalist\*innen – nach dem Zerfall der Sowjetunion das Eigentum an den Produktionsmitteln angeeignet. In der Ukraine war die herrschende Klasse gespalten, in den Teil im Osten des Landes mit der Schwerindustrie, die eng mit Russland verflochten und in der EU nicht mehr konkurrenzfähig gewesen wäre, und der agrarisch-kapitalistischen Oligarchie in der Westukraine, die die EU-Mitgliedschaft und europäische Absatzmärkte und Handelsbeziehungen anvisierte. Dies alles und der Anspruch der USA, und mit Beginn des Krieges auch Deutschlands, Russland zu ruinieren, haben zum Krieg und der Eskalation beigetragen.

Die Linke darf sich weder auf die Seite der Oligarchen in Russland noch der Ukraine stellen. Sowohl in Russland als auch in der Ukraine wird die Opposition unterdrückt und kritische Medien verboten, werden die Rechte der Arbeiter\*innenklasse beschnitten, Kriegsgegner und Deserteure verfolgt. Es sind vor allem die unteren Klassen in beiden Staaten, denen das Geld fehlt, sich dem Kriegsdienst zu verweigern, die in

diesem blutigem Stellungs- und Abnutzungs-krieg sinnlos verheizt werden.

Auch in Israel werden Kriegsdienstverweiger\*innen zu mehrwöchigen Haftstrafen verurteilt. Die Pressefreiheit wird zusehends eingeschränkt und die Regierung boykottiert die kritische Tageszeitung „Haaretz“. Der ausländische Fernsehsender „Al-Jazeera“ wurde schon vor einiger Zeit verboten. Der Gaza-Streifen ist das gefährlichste und tödlichste Umfeld für Journalisten in den vergangenen 30 Jahren. Über 140 Medienschaffende wurden bei Angriffen des israelischen Militärs getötet. In Israel wurde ein Generalstreik zur Unterstützung der verbliebenen Geiseln im Gazastreifen von einem Gericht verboten.

Wir sind solidarisch mit den Menschen, die vor Kriegen fliehen, die den Kriegsdienst verweigern oder desertieren. Wir sind solidarisch mit den Menschen, die in Russland oder in Israel gegen den Krieg protestieren und in der Ukraine nach aktuellen Umfragen mehrheitlich Friedensverhandlungen fordern. Wir sind solidarisch mit sozialistischen Parteien, die verboten und verfolgt werden und mit der Arbeiter\*innenklasse, die für gewerkschaftliche Rechte kämpft.

### Widerstand gegen Aufrüstung und Zeitenwende

Seit Beginn des Krieges um die Ukraine gab und gibt es viele Petitionen, Aufrufe und Demonstrationen für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen, für ein Ende des Krieges. Gegen den Genozid in Gaza gehen wöchentlich in vielen Städten der Welt und auch in Deutschland Menschen trotz aller Repression auf die Straße und fordern ein Ende der Besatzung und Frieden für Israel und Palästina. All diese Aktionen und Demonstrationen sind wichtig und müssen breit getragen werden. Die Partei die Linke muss Teil der Friedensbewegung sein und immer wieder auf den Zusammenhang von Aufrüstung und Krieg und der zunehmenden Klimakatastrophe und

Sozialabbau hinweisen. Wir wollen Butter statt Kanonen!

Es reicht aber nicht, sich nur für Diplomatie und Verhandlungen einzusetzen. Die antikapitalistische Linke muss sagen was ist. Wir müssen die Ursachen der Kriege benennen und für eine Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse kämpfen. Es braucht Strategien gegen die imperialistische Ausbeutungs- und Exportpolitik, gegen die Absicherung dieses Wirtschaftsmodells durch Militarisation, Aufrüstung und Krieg.

Die Linke muss sich an einer Kampagne gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland beteiligen, sich gegen Waffenlieferungen und für eine Ende von Krieg und Besatzung einsetzen. Das beinhaltet auch eine Strategie für den Austritt aus der NATO, eine Welt ohne Armeen mit Beginn der schrittweisen Abrüstung der Bundeswehr.

Wir beginnen mit Blockaden gegen Rüstungsexporte und setzen uns ein für ein Ende aller Rüstungsexporte und die Umwandlung der Waffenschmieden in Betriebe für ökologisch und gesellschaftlich sinnvolle Produkte. Wir wollen eine gemeinnützig ausgerichtete Produktionsweise und eine entsprechende Außenpolitik mit der Abkehr von Exportüberschüssen auf Kosten der Arbeiter\*innenklasse anderer Länder. Eine demokratische sozialistische Politik stützt sich auf die gemeinsamen Interessen der Arbeiter\*innenklasse über Landesgrenzen hinweg.





# KRISE IN DER AUTOINDUSTRIE

Die LINKE und die sozial-ökologische Transformation

von Stephan Krull

Die Krisen überlagern und verstärken sich: Die unübersehbare Klimakatastrophe, die Kriege und die Verrohung der Politik, die begründeten Abstiegsängste der Arbeiterinnen und Arbeiter. Vor diesen Hintergründen erklären die Auto- und Zulieferkonzerne drastische Programme zu Werkschließungen und Massentlassungen. Daraus wächst Verzweiflung und Wut derjenigen, die jahrzehntelang für den sagenhaften Reichtum der Großaktionäre, der Porsches, Piëchs, Klatten und Quandts, und für einen bescheidenen eigenen Wohlstand gearbeitet haben.



**Stephan Krull hat viele Jahre bei Volkswagen in Wolfsburg gearbeitet, war von 1990 bis 2006 Mitglied des Betriebsrates, des Ortsvorsitzenden der IG Metall und der Tarifkommission.**

**Er ist aktiv in der politischen und gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Gesprächskreis Zukunft Auto Umwelt Mobilität und in der Attac AG ArbeitFairTeilen.**

Blog:

<https://stephankrull.info/>

Die Regelmäßigkeit der Krisen macht neugierig auf die Erforschung ihrer politisch-ökonomischen Ursachen. Ohne eine belastbare Krisentheorie wird es keine adäquate linke und gewerkschaftliche Praxis, keine Klassenorientierung in diesen Krisen geben.

Ist das noch eine normale Rezession oder ist das der Weg zur Deindustrialisierung? „Die Industriekrise und der langanhaltende Wirtschaftsabschwung hinterlassen am Arbeitsmarkt ihre Spuren“, berichtet Prof. Enzo Weber, Leiter des Forschungsbereichs „Prognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen“ am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bei der Bundesagentur für Arbeit: „Wir verlieren jeden Monat in Deutschland 10.000 Arbeitsplätze in der Industrie, die Produktion liegt mittlerweile 15 Prozent unter dem Vor-Corona-Niveau... Während die eher klassische Industrie Jobs abbaut, werden viel zu wenig Jobs in den neuen Bereichen aufgebaut, insgesamt ist die Jobbilanz in der Industrie tiefrot. Wir brauchen einen Schub nach vorn: Deindustrialisierung ist nicht unausweichlich.“

## I. So ist der Kapitalismus

Im Herbst 2024 und Frühjahr 2025 wird die Krise in der Auto- und Stahlindustrie zum großen Thema. Ausschlaggebend sind die Ankündigungen von Volkswagen, Ford, Bosch, Thyssen-Krupp und anderen, Werke zu schließen, Arbeiter:innen in zehntausender Größe zu entlassen und Löhne zu senken. Vorgeblich geht es darum, Verluste „wegen zu hoher Energie- und Arbeitskosten“ zu minimieren und selbst geschaffene Überkapazitäten wieder zu vernichten.

Angst und Schrecken zu verbreiten ist Methode und Ziel der Kampagne der Unternehmen. Unberechtigt ist die Abstiegsangst nicht, wurden doch in den zurückliegenden Jahren bereits 75.000 Arbeitsplätze in der Auto- und Zulieferindustrie verlagert oder vernichtet. Die Inlandsproduktion sank von 5,7 Mio.

PKW im Jahr 2016 auf 4,1 Mio. im Jahr 2023. Im scheinbaren Widerspruch zu diesen Überkapazitäten stiegen die Profite auf 60 Milliarden Euro bei den big three in Deutschland, die Gewinnrücklagen auf sagenhafte 250 Milliarden Euro. Luxusautos und hoch motorisierte SUV bringen weniger Absatz als kleine, smarte Fahrzeuge, aber mehr Profit. Die sinkende Nachfrage und der Rückgang der Produktion von Autos in Deutschland um 30 Prozent seit 2016, der Absatzeinbruch von E-Autos um 70 Prozent im Jahresverlauf 2024 und der Einbruch deutscher Hersteller auf dem wichtigen chinesischen Markt um 20 Prozent von 2019 bis 2024 markieren eine tiefe Verwertungskrise des Kapitals in der Autobranche.

Es ist nicht in erster Linie eine Krise der Autoindustrie, sondern der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Autoindustrie. Es ist eine Krise der Kapitalverwertung, der Überakkumulation, der sinkenden Arbeitsproduktivität, der zunehmenden Bindung von konstantem Kapital, der sinkenden Profitrate, der sinkenden Massenkaufkraft. Wohin mit dem ganzen Profit, wenn es gewinnträchtigere Bereiche gibt als die Autoindustrie? Ursächlich sind die Modellpolitik, die fast ausschließliche Produktion großer und teurer Fahrzeuge (SUV), die Erwartung von 10 Prozent Umsatzrendite, die hintertriebene Verkehrswende, die arrogant angegangenen und letztlich verschlafenen Antriebswende und Digitalisierung sowie die vom Zaun gebrochenen Handelskriege. Ursächlich ist der Wachstumszwang für renditeorientierte Unternehmen und die weit vorseilende Konkurrenz aus China. Der aufkommende Protektionismus trägt seinen Teil zur Krise bei.

„Es kann sein, dass es zu viele Autos gibt, sicher aber zu wenige von BMW“ – so ein oft zitierter Spruch eines ehemaligen Managers von BMW. Alle Konzerne haben in Erwartung von Profiten ihre Kapazitäten ausgebaut. Bis vor kurzem wollte Volkswagen für zwei Milliarden Euro eine neue Gigafactory für

das Luxusmodell Trinity bauen. Auch der Verkehrswendebewegung mit ihren kreativen Protesten in Wolfsburg ist zu danken, dass diese wahnsinnige Idee zu den Akten gelegt wurde. Erstmals konstatieren Unternehmen wie Volkswagen, Ford und Stellantis jetzt die Überkapazitäten in ihren eigenen Fabriken. Nach sich zum Teil widersprechenden Quellen und Berechnungsgrundlagen (VDA, destatis, OICA, CAAM, ACEA) sieht die Marktentwicklung etwa so aus: (Tabelle1)

PKW-Zulassungen (Mio.)	2017	2023
China	23	27
USA	17	15
EU	14	11
Summe	55	53
Weltweit	84	78

Im Jahr 2024 geht es weiter runter mit Produktion und Absatz in Deutschland, in Europa und speziell für die Hersteller aus Deutschland auch in China; für 2025 ist keine Trendwende absehbar.

Der kapitalismuskritische US Arbeitsmarktforscher Ian Greer wird in der SZ 9./10.11.2024 so zitiert: „Die Überkapazitäten sind eine größere Herausforderung als der sinkende Arbeitskräftebedarf. Unternehmen wie die amerikanischen Elektroauto-Spezialisten Tesla und Rivian und viele chinesische Hersteller bauen ihre Produktion aus. Und die traditionellen Automobilhersteller haben ebenfalls expandiert. Es wird Unternehmen geben, die scheitern und Werke schließen müssen. Noch wissen wir aber nicht, welche das sein werden. ... Die wichtigste Lektion ist: Die Arbeiter haben gerade viel strukturelle Macht. Autounternehmen brauchen sie, um den Übergang zur Elektromobilität zu bewältigen. Das verschafft den Arbeitern Hebelwirkung, um Forderungen durchzusetzen. ... Die Hersteller nutzen die Unsicherheit, um von den Beschäftigten Zugeständnisse zu verlangen – und so zuerst die Renditen für die Aktionäre zu sichern. Aber so ist Kapitalismus.“

## II. VW – Abbau oder Umbau?

Der Volkswagenkonzern verbreitet die Mär von Verlusten in der Marke Volkswagen, will deshalb Löhne senken, Werke schließen und 30.000 Arbeiter:innen aus der Produktion, der Verwaltung, der Forschung und Entwicklung entlassen. Konservative Medien bis hin zu ARD und ZDF sekundieren bei der millionenfachen Verbreitung dieser Mär und erzeugen im Land das

gewünschte Klima von Angst, Neid und Missgunst.

Der Jammer von Volkswagen besteht darin, dass der angepeilte Profit von 6,5 Prozent nicht erreicht wird, sondern – abzüglich der „Restrukturierungskosten“ – nur bei gut vier Prozent liegt. Der Jammer von Volkswagen liegt darin, dass für 2023 „nur“ 4,5 Mrd. Euro an die Aktionäre ausgeschüttet wurden statt der angepeilten 10 Milliarden. Der Jammer von VW besteht darin, dass sie keine Möglichkeiten sehen, die Gewinnrücklagen von fast 150 Milliarden Euro gewinnbringend im Inland anzulegen.

Bei der Betriebsversammlung im Wolfsburger Werk am 4. September sagte der Finanzchef von VW: „Es fehlen uns die Verkäufe von rund 500.000 Autos, die Verkäufe für rund zwei Werke. Der Markt ist schlicht nicht mehr da.“ Das Unternehmen hat folgende Tarifverträge gekündigt:

- Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung. Damit sollen Massenentlassungen und Werkschließungen ermöglicht werden. VW-Markenchef Schäfer sagt, die Reduzierung der Personalkosten um 20 Prozent reichten nicht, auch nicht Abfindungen oder Altersteilzeit.
- Tarifvertrag zur Übernahme von Auszubildenden nach erfolgreicher Ausbildung.
- Tarifvertrag zur Leiharbeit, der eine etwas bessere Entlohnung von Leiharbeiter:innen regelt.
- Vereinbarung zur Mitbestimmung des Betriebsrats bei übertariflicher Entlohnung (Tarif-Plus).
- Erklärtermaßen soll die Arbeitszeit für das Gros der Arbeiterinnen und Arbeiter ohne Lohnausgleich auf Minimum 35 Stunden regelmäßig verlängert werden.

Alte gegen Junge, Büro gegen Fließband, Emden gegen Zwickau – das ist das Kalkül des Managements. Die Zwickauer „Freie Presse“ fragt, ob es zum Duell Zwickau gegen Emden kommt. „Beide Standorte haben ein ähnliches Profil. Laut Medienberichten kann nur einer von beiden überleben – und für Emden sollen die besseren Argumente sprechen.“ Konzernboss Blume versucht es sentimental: „Wir führen VW wieder dorthin, wo die Marke hingehört – das ist die Verantwortung von uns allein. Ich komme aus der Region, arbeite seit 30 Jahren im Konzern. Ihr könnt auf mich zählen und ich zähle auf Euch – Wir sind Volkswagen“. Aber Tausende skandieren selbstbewusst: „Wir sind Volkswagen – aber ihr seid es nicht!“

Vor der dritten Verhandlung am 21. November legte die IG Metall ein eigenes Angebot vor, verzichtet auf die ursprüngliche Lohnforderung von sieben Prozent und bietet ein Sparpaket für das Unternehmen von 1,5 Milliarden Euro in zwei Jahren an. Gerechnet auf die 120.000 Beschäftigten macht das mehr als 12.000 Euro Entgeltverlust für jeden einzelnen Beschäftigten – und das nach Reallohnverlusten seit 2019 und einer Inflationsrate von 6 Prozent und mehr bei Lebensmitteln. Die kommende Tarifierhöhung, so die Idee der Gewerkschaft, könnte befristet als Arbeitszeit in einen Zukunfts-Fonds eingebracht werden. Darüber bekäme das Unternehmen ein Instrument, um bei Bedarf Arbeitszeiten abzusenken. Falls also durch den Strukturwandel in Produktion oder Verwaltung Unterauslastungen entstehen, würde der Fonds helfen, Personalabbau weiterhin sozialverträglich gestalten zu können. Weiter sollen 2025 und 2026 Teile der Boni (ehemals Urlaubs- und Weihnachtsgeld) für Zukunftssicherung eingebracht werden. Im Kern geht es bei dem „Zukunfts-fonds“ darum, künftigen Personalabbau durch Lohnverzicht zu finanzieren. Außer Acht bleibt dabei, dass seit der Verlängerung der Arbeitszeit vor 20 Jahren von 29 auf 33 Stunden ohne Lohnausgleich die Arbeiterinnen und Arbeiter bereits jede Woche rund vier Stunden gratis für den Konzern arbeiten – eine Summe von rund 50.000 Euro, die jede und jeder zum Gewinn der letzten beiden Jahrzehnte beigetragen hat. Nun sollen es zwei weitere Gratis-Stunden sein, die alle erbringen sollen.

Ziemlich populär fordern die IG Metall-Vorsitzende Christiane Benner und die Betriebsratsvorsitzende Daniela Cavallo, dass das Management und Aktionäre auch einen Beitrag leisten. Die Forderung ist richtig, weil Gewinnentnahme und Managergehälter in ihrer Höhe nicht gerechtfertigt sind – und sie ist zugleich falsch, weil hier mit dem „auch“ von Verlustgeschäften und einem Sanierungsfall ausgegangen wird und „Beiträge“ der Arbeiterinnen und Arbeiter dann zwangsläufig sind. Die IG Metall betont mehrfach, dass „die Arbeitskosten“ nicht das Problem von VW seien. Dennoch fänden sie es gerecht, wenn nach den Arbeiterinnen und Arbeitern bei VW auch der Vorstand auf Gehalt verzichten würde? Das ist eine Form von Populismus, die der IG Metall schnell auf die Füße fallen wird. Wenn Vorstandsboss Oliver Blume auf die Hälfte seiner Bezüge verzichten würde, hätte er immer noch 20.000 Euro – am



Tag! Wenn der ehemalige Generalsekretär des Konzernbetriebsrats und jetzige Personalvorstand Gunnar Kilian auf die Hälfte seiner Vergütung verzichten würde, hätte er immer noch 10.000 Euro – am Tag! Der Vorstand stimmt großzügig zu und erklärt, er habe 2024 das Fixgehalt schon um fünf Prozent gekürzt und auf die Inflationsprämie von 1.000 Euro verzichtet. Weil es letztlich um höhere Profite geht, würden durch „Dividendenpolitik“ keine Beiträge – wofür eigentlich – erwirtschaftet. Und das alles noch im Konjunktiv. Natürlich müssen Vorstandsgehälter begrenzt, vor allem aber müssen Gewinne der Großaktionäre stärker besteuert werden.

Christiane Benner sagt weiter: „Entscheidend ist, ob es eine Strategie nach vorne gibt. Und die zu entwickeln ist eine Führungsaufgabe.“ Das genau macht das Management seit Jahren nicht. Woher kommt der Glaube oder die Hoffnung, dass sie das jetzt machen werden? Und wo bleibt da der Mitbestimmungsanspruch und der alternative Plan der weltgrößten Gewerkschaft mit einem Organisationsgrad von über 90 Prozent in diesem Konzern?

„Wir verschließen uns keinem Personalabbau und keinem Outsourcing“, sagt Daniela Cavallo bei der Pressekonferenz am 20. November. Das passt dann zur Antwort auf die Frage, wie den Überkapazitäten begegnet werden solle: Der Betriebsrat wäre einverstanden, wenn die Werksbelegung auf der drastisch reduzierten Fertigung vom Herbst 2024 erfolgen würde. Das entspricht in Wolfsburg einer Auslastung von maximal 60 Prozent. In Emden und Zwickau ist das näher an 40 Prozent und in den

Komponentenwerken folgt eine angepasste Absenkung der Produktion. Mit Beschäftigungs- und Standortsicherung hat das nichts zu tun. Die Hoffnung, dass das Management sich an solche Abmachungen halten würde, ist spätestens mit der Nichterfüllung des Zukunftspaktes obsolet.

Bei großer Kampfbereitschaft und dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von über 90 Prozent müsste die IG Metall in die Offensive gehen. Denn es ist absehbar, was nach einer Niederlage der größten und stärksten Gewerkschaft im bestorganisierten Betrieb folgen würde: Großflächig wird in der Auto- und Zulieferindustrie, später in der gesamten Metall- und Elektroindustrie und schließlich in allen anderen Bereichen von Industrie- und Dienstleistung Personal entlassen, das Einkommen der Arbeiter:innen nach unten „angepasst“, die Arbeitszeit ausgeweitet und weiter flexibilisiert. Das ist die politische und soziale Dimension dieser Auseinandersetzung, aus der sich die Verantwortung der Gewerkschaft und der gesellschaftlichen Linken ergibt.

Nur am Rande sei erwähnt, dass die IG Metall kaum mit Solidarität aus den Werken in Spanien, Polen, Tschechien, der Slowakei und Belgien rechnen kann. Für die kämpfenden Kolleginnen und Kollegen im vor der Schließung stehenden Audi-Werk in Brüssel gab es leider auch keine Unterstützung von der IG Metall.

### III. Linke Industriepolitik und die sozial-ökologische Transformation

Die Konversion der Autoindustrie ist voraussetzungsreich – es braucht einen gesellschaftlichen Konsens, politischen Willen und viel Geld für einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs in ländlichen Räumen. Als Olaf Scholz die „Zeitenwende“ ankündigte, waren über Nacht 100 Milliarden Euro dafür da, Rheinmetall und andere Rüstungsunternehmen expandierten mit Fabriken, Personal, Produktion und Profit. Rheinmetall schaut sich leerstehende Fabriken der Auto- und Zulieferindustrie an und übernimmt deren Personal, u.a. bei Conti und Ford. Dabei handelt es sich um eine industrielle Konversion, die, weil es um Kriegsgeräte geht, zu weiterem Sozialabbau, zu Kürzungen von Ausgaben für den Klimaschutz und Klimaresilienz und schlimmstenfalls zur Vernichtung in künftigen Kriegen führt.

Ein Beitrag zur Verkehrswende ist der Niedergang der Autoindustrie nicht, weil der öffentliche Verkehr nicht im notwendigen Umfang aufgebaut wird. Das Ergebnis ist eher Mobilitätsarmut. Um einen gesellschaftlichen Konsens zur Mobilitätswende zu erreichen, muss sich die IG Metall von ihrer Fixierung auf die Autoindustrie lösen. Die Aufkündigung der Sozialpartnerschaft durch die Arbeitgeber mit der Androhung von Massenentlassungen und Werksschließungen macht die Perspektivlosigkeit dieser Fixierung sichtbar. Das ist aber nicht Konsens in dieser vielfältigen Gewerkschaft, in der zum Beispiel auch die Arbeiter:innen im Schienenfahrzeugbau organisiert sind. So erklärt die IG Metall in ihrem 11-Punkte-Plan: „Unternehmen und Politik müssen die Mobilitäts-

wende massiv beschleunigen. Schluss mit den Debatten um Ausstiegsdaten und Grenzwerte! Ein Zick-Zack-Kurs gefährdet nur Arbeitsplätze. Mobilität bedeutet für uns die bestmögliche Kombination von Auto, Bus, Bahn und anderen Verkehrsmitteln – in der Stadt wie auf dem Land. Von zentraler Bedeutung: deutlich höhere Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und in das Schienennetz.“

Die Folge des Kahlschlags wären weniger Einkommens- und Gewerbesteuer, weniger Sozialversicherungsbeiträge und weniger Kaufkraft in den Kommunen: Haushalts-Schock in Wolfsburg! 270 Millionen Euro fehlen. Zu den ersten Opfern zählen Geflüchtete: „Zu knapp bemessen ist auch die Kostenpauschale für Asylbewerber. 6000 Euro schießen die Kommunen pro Person zu. Oberbürgermeister Weilmann kündigte an, künftig mehr Menschen abschieben zu wollen.“ In Köln ist zu lesen: „Nicht mal für neue öffentliche Toiletten in der Stadt ist Geld da. Um die prognostizierten jährlichen Verluste von bis zu einer halben Milliarde Euro abzumildern, müssen die Kölnerinnen und Kölner mehr Gebühren bezahlen.“ Die da oben, wir da unten – das wird immer konkreter, sichtbarer und krasser.

VW und die gesamte Auto- und Zulieferindustrie könnte besser dastehen, wenn man auf Die Linke gehört hätte: Ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm auf Basis einer bedarfsorientierten Investitionsplanung, kräftige Investitionen in die Infrastruktur, den smarten Fahrzeugpark und beim Personal des öffentlichen Personenverkehrs. Weil die profitorientierten privaten Unternehmen das wegen zu geringer Gewinne nicht machen, müssen gemeinwirtschaftlich orientierte Unternehmen aufgebaut werden: gGmbH's, Genossenschaften oder Stiftungen. Zunächst mit Anschubfinanzierung des Bundes, der Länder oder der Kommunen, bald sich selbst tragend. Ein weiteres Instrument ist eine kollektive Arbeitszeitverkürzung in Richtung einer Drei- oder vier-Tage-Woche mit Zeitwohlstand für alle und ohne Einkommensverluste für die, die in diesen Betrieben arbeiten. Das bedeutet eine Abkopplung vom Wachstumszwang, einen Ausstieg aus der globalen Konkurrenz, die die globalen Krisen verursacht hat und kein Teil der Lösung sein kann. Ein ganz praktischer Grund besteht darin, dass die Konkurrenz zu China auf diesem Sektor nicht mehr zu gewinnen ist.

Die politischen Verwerfungen, die Tendenz zu autoritären „Lösungen“ der

Krise sind bedrohlich und unübersehbar. Die neuen Nazis beschäftigen sich damit und plakatieren ihren „Stolz auf den deutschen Diesel“ vor jedem Werk, greifen Betriebsräte und IGM an. Zu diesem Teil der „Zeitenwende“ gehört, dass Rüstungshersteller wie Rheinmetall auf die Übernahme der Arbeiterinnen und Arbeiter warten, um neue Waffen zu produzieren, die sich ihren Weg suchen und einen Krieg finden.

Ohne wesentlich mehr Mitbestimmung der Produzentinnen und Produzenten und der gesamten Gesellschaft, ohne Beschneidung der Macht des Kapitals, ohne Vergesellschaftung wird es keine Krisenlösung geben, sondern die Katastrophe wird mit allen politischen und sozialen Konsequenzen ihren Lauf nehmen. Carsten Büchling, Betriebsratsvorsitzender bei VW in Kassel sagt dazu: „Wenn wir mehr Einfluss hätten auf strategische Entscheidungen, könnten solche Zuspitzungen vermieden werden. Die Beschäftigten müssen zu Miteigentümern der Betriebe werden.“ (Tabelle 2)

EU-Wahl 2024	AFD	Die LINKE
Niedersachsen	13,2	2,1
Salzgitter	22,0	2,1
Emden	16,5	2,8
Wolfsburg	15,7	1,7
Deutschland	15,9	2,7

„Grundsätzlich scheint es ja so zu sein, dass wir in den vor uns liegenden Auseinandersetzungen mindestens vier Parteien haben werden, die die Verteidigung der „deutschen Industrie“ auf die Tagesordnung setzen, alle etwas unterschiedlich. Die AfD gegen jede Politik, die etwas gegen die Erderhitzung tun könnte, das BSW etwas softer und für Technologieoffenheit, dafür mit dem Argument, man brauche billiges Gas aus Russland, die SPD mit dem Versprechen auf soziale Abfederung und Unterstützung durch den Staat und die CDU mit einer noch stärker unternehmerfreundlichen Stoßrichtung“ (Thomas Goes).

Über Klasse und Klassenpolitik zu reden ist richtig, solche praktisch zu machen aber ungleich wichtiger und schwieriger. In den Betrieben gibt es maximale Verunsicherung und große Ängste vor Entlassungen und Betriebs-schließungen. Das Mindeste, was Linke

jetzt tun müssen, um den Rechten nicht das Feld zu überlassen, sind Aktionen auf Basis des Beschlusses des Parteitages in Halle:

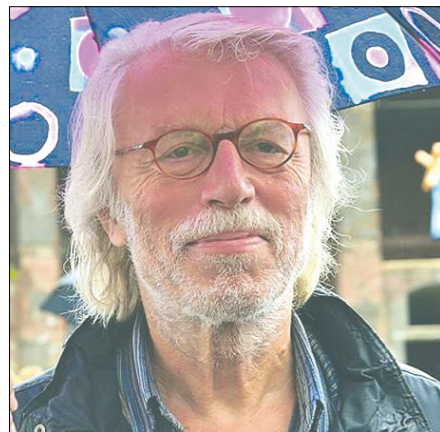
1. Klare politisch-ökonomische Analyse entsprechend der aktuellen ökonomischen Lage, der realen Entwicklung, den Kräfteverhältnissen und der Klassenseinwanderungen. Es geht nicht um die radikalste Forderung – aber mit „Sozialpartnerschaft“ und auf Basis der Konkurrenz und Profitwirtschaft sind die Probleme nicht zu lösen. Forderungen nach „Unterstützung der Industrie“ sind bei den gehorteten Gewinnen fehl am Platz. Vermögensabgaben, Dividendenbegrenzung, Arbeitszeitverkürzung und das Verbot von Entlassungen sind richtige Forderungen, die in gemeinsamen Aktionen erkämpft werden müssen. Weiter sind konkrete Projekte der Vergesellschaftung und alternativer Produktion zu beraten und zu entwickeln, anknüpfend an das Transparent von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten bei der Warnstreikdemo am 2. Dezember in Wolfsburg: „Statt Krise und mit Gier – wenn ihr nicht könnt übernehmen wir!“
2. Was immer bei den aktuellen Verhandlungen bei VW oder Ford herauskommen wird – es wird keine dauerhafte Lösung sein. Die sozial-ökologische Transformation bleibt auf der Tagesordnung, um die sozialen Rechte der Arbeiter:innen zu gewährleisten, die Klimakatastrophe zu begrenzen und die Resilienz zu stärken. Das ist in den Aussagen und Materialien der Partei deutlich zu machen – eine gute Zukunft für Alle.
3. Mit diesen Inhalten müssen Zeitungen, Flyer und Plakate in hoher Auflage produziert werden und am Beginn des Jahres 2025 an allen Standorten vor bzw. in die Betriebe der Auto- und Zulieferindustrie getragen werden. Das ist argumentative und praktische Unterstützung der Arbeiter:innen in den Fabriken und kritische Solidarität mit der zuständigen IG Metall.

**Uns aus dem Elend zu erlösen,  
können wir nur selber tun!**

# VERSCHÄRFTER KLASSENKAMPF

von Jürgen Aust

„Mir reicht's, ich geh ins Bürgergeld“ fabulierte der CDU-Kanzlerkandidat und Multimillionär Friedrich Merz kürzlich in einer von Caren Miosga moderierten Sendung. Ob die „Aufwandsentschädigung“, die er für sein verantwortungsvolles Amt bezieht, geringer als der Bürgergeld-Regelsatz von 563 Euro ausfällt, dazu wollte das Konrad-Adenauer-Haus keine Stellungnahme abgeben. Gesichert ist allerdings, dass Merz ein Jahreseinkommen von ca. einer Million Euro hat, während sein Vermögen auf 11 - 12 Millionen Euro geschätzt wird. Wenn ein derartiger Großverdiener dennoch jede Gelegenheit ausnutzt, sich über die Höhe des Bürgergeldes zu beklagen bzw. dessen Abschaffung lautstark einzufordern, dann sind offensichtlich ganz andere Interessen im Spiel, als dass unter den Bürgergeld-Ausgaben die deutsche Wirtschaft leidet bzw. durch die Höhe des Bürgergeldes vielen Beschäftigten die Motivation zur Arbeit fehle, wie die Repräsentant\*innen von CDU, FDP, Grünen und auch die SPD seit Monaten heuchlerisch bzw. wahrheitswidrig behaupten.



**Jürgen Aust ist Mitglied im Bundessprecher\*innenrat der AKL und seit Jahren in Duisburg in der Sozialberatung tätig.**



typisch  
Bürgergeldprofiteur?

Als die Ampelkoalition 2022 ihre halbherzige Hartz IV-Reform der Öffentlichkeit vorstellte, begann bereits das Trommelfeuer der CDU gegen das Reformvorhaben, obwohl die sog. Bürgergeld-Reform an den entscheidenden Baustellen überhaupt nichts ändern wollte. Der von der Ampel-Koalition in den Bundestag eingebrachte Gesetzesentwurf sah u. a. weiterhin einen völlig unzureichenden Regelsatz von 502 Euro vor und hielt insbesondere an dem Repressions-Charakter des Hartz IV-Systems fest, wonach in einzelnen Jahren mehr als eine Millionen Sanktionsmaßnahmen erfolgten. Die Opposition in Gestalt der CDU hätte also eigentlich mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zufrieden sein müssen. Doch sie inszenierte wenige Wochen vor der entscheidenden Bundestags-Sitzung eine bundesweite Kampagne, weil der neue Regelsatz angeblich viel zu hoch sei und dadurch den Menschen die Motivation

zur Erwerbsarbeit genommen werde. Als sich jedoch nach kurzer Zeit herausstellte, dass die Berechnung der CDU-Kampagne auf völlig falschen Zahlen beruhte, zog sie gewissermaßen den Schwanz ein und stimmte dem Gesetzentwurf zu.

## Das Phantom der Totalverweigerer

Was die CDU in der Folgezeit jedoch nicht daran hinderte, ihre Kampagne erneut aufzulegen und gebetsmühlenartig in allen Talkshows und im Deutschen Bundestag lautstark zu verkünden, dass sie das sog. Bürgergeld im Falle eines Sieges bei der Bundestagswahl wieder abschaffen und stattdessen ein Konzept einer „Neuen Grundsicherung“ einführen werde. Als wesentliche Eckpfeiler dieses Vorhabens werde ein gekürzter Regelsatz und insbesondere ein schärferes Sanktionsregime das bishe-

rige Bürgergeld-Konzept ersetzen.

Bereits die Ankündigung dieses Vorhabens veranlasste die Ampel-Koalition, selbst die Axt an ihr bisheriges Reform-Konzept anzulegen, indem sie die in erster Linie inflationsbedingte Erhöhung des Regelsatzes für 2025 aussetzte und andererseits bei den Sanktionen zum Hartz IV-Konzept wieder zurückkehrte, so dass nunmehr u. a. wieder 100%ige Sanktionen für die Dauer von 2 Monaten möglich sind. Dieser erneuten Verschärfung ging eine weitere Kampagne der CDU voraus, die nunmehr mit einer angeblich großen Zahl von sog. „Totalverweigerern“ begründet wurde. Diese von ihrem Generalsekretär Linneemann losgetretene Kampagne beruhte auf der Behauptung, wir hätten es mit einer Zahl von mindestens 100.000 Totalverweigerern zu tun und forderte, diesen Menschen das Bürgergeld komplett zu streichen.

Auch mit dieser Kampagne war von vornherein eine populistische Stimmungsmache gegen erwerbslose Menschen verbunden, da es keinerlei Statistik von sog. Totalverweigerern gibt, wie die Präsidentin der Bundesanstalt für Arbeit, Andreas Nahles, bestätigte. Gleichwohl zeigte die SPD sofort Kadavergehorsam und sprang auf diesen populistischen Zug auf, indem sie die mit der Bürgergeld-Reform entschärfte Sanktionen gewissermaßen in den vorherigen Stand versetzte.

typisch  
Bürgergeldprofiteurin?



typisch  
Bürgergeldprofiteur?



## Welche Interessen stehen hinter dieser populistischen Kampagne ?

Wenn es also nicht zentral um eine im Ergebnis relativ geringe Summe von Sozialausgaben geht (lediglich 0,86% aller Leistungsbezieher\*innen haben eine Arbeitsaufnahme bzw. angebotene Wei-

terbildung verweigert), müssen andere Interessen im Spiel sein. Diese bestehen offensichtlich darin, dass das Kapital („die Wirtschaft“) grundsätzlich eine industrielle Reservearmee braucht, um, wie Jannis Köster in seinem Beitrag „Der Klasseninstinkt der CDU“ (Jacobin v. 29.11.2024) überzeugend feststellt, die arbeitende Bevölkerung jederzeit disziplinieren zu können. Sie braucht deshalb den Niedriglohnsektor, um ihr Interesse an einer beständigen Steigerung der Mehrwertrate problemloser realisieren zu können. Und sie braucht insbesondere die Repression gegen die arbeitenden Menschen, um Forderungen nach Beteiligung in der Produktion, um mehr Selbstbestimmung am Arbeitsplatz und den Kampf um die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel im Keim ersticken zu können. Die Aufrechterhaltung von Arbeitsdisziplin und bestehenden Machtverhältnissen durch Ausbeutung im Niedriglohnsektor erfordere deshalb soziale Kontrolle über Arbeitslose, so Köster.

Es geht der CDU und auch den anderen Parteien der Ampelkoalition also bei der Absenkung von Sozialleistungen und der Verschärfung des Sanktionsregimes in erster Linie um Macht- bzw. Klasseninteressen. Um sie durchzusetzen, stehen ihnen bereitwillig die Medien und insbesondere der seit Jahren aufgerüstete Staatsapparat zur Verfügung. Diese Phalanx zu durchbrechen, sollte eine entscheidende Aufgabe linker Politik sein.

# WAHLKAMPFSCHERZ: SPD WILL ENDLICH FÜR EINE GUTE RENTE KÄMPFEN

Die SPD hat Jahrzehnte am Abbau der gesetzlichen Rente mitgewirkt, aktuell geht sie in den Wahlkampf mit dem Vorhaben, das Rentenniveau auf 48 % eines durchschnittlichen Einkommens zu halten. Die Pensionen von Beam\*innen, die ebenfalls gesetzliche Renten sind, waren schon immer gut und die Pensionär\*innen haben auch keinen Grund zu klagen, sie bekommen nach wie vor 71,75 % des Brutto-Durchschnittsverdienst der letzten 3 Jahre. Die gesetzliche Rente der Lohnabhängigen betrug bis Ende der 70er noch bis zu 70 % des Brutto-Durchschnittslohnes des gesamten Arbeitslebens, heute sind es nur noch 48 % des durchschnittlichen Nettolohnes und das nicht ohne eine maßgebliche Mitwirkung der SPD.

von Ingrid Jost

Nachdem die gesetzliche Rente im letzten Jahrhundert als Lebensstandardsicherung ausgebaut worden war, haben sich in den folgenden Jahrzehnten alle Parteien, außer der Linken, ans Werk gemacht, diese durch zahlreiche Reformen für ein Großteil der Rentnerinnen und Rentner maximal auf das Niveau der Existenzsicherung herunter zu kürzen. Auch die SPD machte sich gemeinsam mit den Grünen ans Werk für ein „Sparprogramm“. 2004 beschlossen sie gravierende Senkungen des Rentenniveaus mit der Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors, wonach die Rente bis 2030 auf 43 % sinken soll.



*Ingrid Jost ist Dipl. Päd. und Familientherapeutin und Mitglied im Bundessprecher\*innenrat der AKL.*

Damit sollten die Lohnnebenkosten der Unternehmen gesenkt werden, um sie konkurrenzfähiger im Exportgeschäft zu machen.

Das Narrativ von einer gesetzlichen Rente, die nicht bis zum Lebensende reicht, wurde erfolgreich in die Welt gesetzt und der Privatisierung der Weg bereitet. Die private Altersvorsorge wird allein durch die Versicherten getragen, die Betriebe sparen ihren Anteil an der privaten Alterssicherung.

Die Einführung der privaten Alterssicherung war ein Riesengeschäft für die Finanzindustrie und die Arbeitgeber, aber ein Flop für den Großteil der Versicherten. Der Anteil der Unternehmen zur Rente wurde mit 9,3 % gedeckelt, niemand kam auf die Idee, dass dieser Ausstieg aus der paritätischen Alterssicherung nicht gerade förderlich für die Rentenhöhe war. Dank des sehr hohen Niedriglohnssektors haben viele Menschen sich nicht privat versichern können, weil sie mit ihrem Verdienst lediglich das Überleben sichern konnten. Vor allem aber flossen, zur Freude der Finanzwirtschaft, beträchtliche finanzielle Mittel als staatliche Förderung, rund 50 Milliarden in das Finanzprodukt, die in der gesetzlichen Rente entschieden besser angelegt wären.

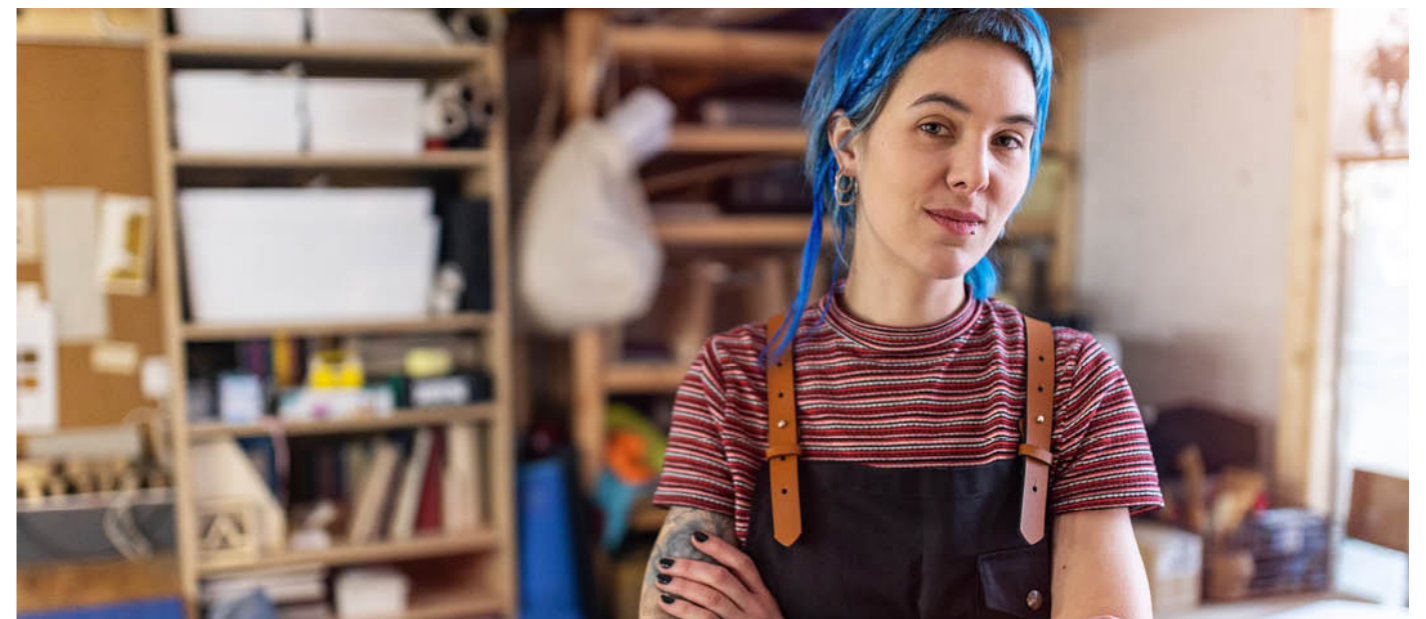
Ebenfalls 2004 beschlossen SPD/Grüne die schrittweise Besteuerung der Rente bis zur Vollversteuerung im Jahr 2040. Man kann einwenden, dass ja auch die Pensionen versteuert werden, die allerdings fallen beträchtlich höher aus als die gesetzliche Rente. Auch

die Nullrunde im Jahr 2021 für diejenige Alterssicherung mit den schlechteren Gesetzen ist längst vergessen. Die Pensionen wurden trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage in dieser Zeit immerhin noch um 1,4 % erhöht. Die Beispiele ließen sich noch beliebig fortsetzen, doch nun zur nahen Vergangenheit.

Die Ampel hätte, wenn ihnen die Sorge um die Rentner\*innen wichtig genug gewesen wäre, auch einen Inflationsausgleich für alle Rentenbeziehenden beschließen können, wie sie es für die Erwerbstätigen und die Pensionär\*innen getan hat. Das war offenbar die letzten drei Jahre nicht gewollt.

Nun will die SPD die gesetzliche Rente aus der Tiefe holen, in die sie das Stiefkind der Altersvorsorge für Arbeiter\*innen und Angestellte gemeinsam mit den Grünen, der CDU, der AfD und der FDP, in wechselnden Rollen, gestoßen haben. Kanzler Scholz tritt im Wahlkampf dafür ein, dass ein Leben in Würde im Alter und ohne finanzielle Sorgen möglich sein soll, zumindest soll die Nettorente zunächst einmal nicht weiter sinken. Wer jetzt schon in Not ist, weil die Lebensmittelpreise und die Wohnkosten extrem gestiegen sind, muss sich noch gedulden.

Statt das Ampel-Aus als Chance zu begreifen, sich von dem blödsinnigen Generationskapital zu verabschieden, hat sich dieses FDP-Konzept offenbar fest in die Gehirne der SPD eingebrannt. Wenn ein Vermögensberater mir empfehlen würde, jährlich ein Darlehen in beträchtlicher Höhe aufzunehmen, bis



45 Jahre arbeiten ...

2038 die Darlehenszinsen zu entrichten und dann auf ein Börsenwunder für den Staatsfond zu hoffen, dann würde ich zumindest den Vermögensberater wechseln oder diesen nur an meine Feinde weiterempfehlen.

Völlig richtig unzureichend ist es natürlich, das Rentenniveau auf 48 % zu sichern, um es dann im nächsten Schritt vielleicht auf 53 % anzuheben, denn jeder fünfte Haushalt im Rentenbezug lebt bereits heute in Altersarmut. Rund 800.000 Rentner\*innen in Deutschland, das ist fast jede zweite Frau, beziehen nach 45 Versicherungsjahren weniger als 1.300 Euro Rente im Monat, so die Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage. Noch niedriger liegt das Rentenniveau bei 400.000 Frauen und 300.000 Männern mit 45 Versicherungsjahren, sie erhalten eine Rente unter 1.100 Euro. (Dez. 2023)

Entschieden besser stehen die Rentnerinnen und Rentner da, die in Österreich eine Rente beziehen. Im Unter-

schied zu Deutschland müssen die Menschen allerdings mindestens 15 Jahre erwerbstätig sein, während es in Deutschland lediglich fünf Jahre sind. Allerdings betrug die Durchschnittsrente 2019 in Deutschland bei Männern 1.203 Euro und bei Frauen 873 Euro, in Österreich erhielten die Männer 2.063 Euro und die Frauen 1.416 Euro. Das ist natürlich eine erstrebenswerte Verbesserung der Rentenhöhe, die auch dadurch zustande kommt, dass Beamte, Selbstständige, Freiberufler\*innen und Politiker\*innen ebenfalls in die Rentenkasse einzahlen. Außerdem liegt das Rentenalter bei 65 Jahren für Männer und bei 60 Jahren für Frauen mit stufenweiser Anhebung bis zum Jahr 2033. Eine weitere Besonderheit ist die Tatsache, dass die Betriebe seit Jahren einen höheren Beitragsanteil von 12,55% tragen, ohne pleite zu gehen oder abzuwandern. Der Anteil der Versicherten zur Rente beträgt 10,25%. In Deutschland bleibt der Anteil der Unternehmen

seit Jahren unangetastet und beträgt nach wie vor 9,3%. Die Versicherten tragen die Last der Privatisierung der Alterssicherung alleine, ganz abgesehen davon, dass jede Privatisierung die gesetzliche Rente schwächt und sie deshalb abzulehnen ist.

Die Forderung nach Renten wie in Österreich findet mittlerweile sogar bei SPD-Mitgliedern Anhänger. Ihnen sei verraten, dass dies bereits eine jahrelange Forderung der Linken ist, ebenso der Ausbau der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die auch Beamte, Selbstständige und Politiker\*innen einzahlen. Selbst die Forderung einer Mindestrente stets über der Armutsgefährdungsgrenze ist seit Jahren eine Forderung der Linken. Dringend erforderlich ist außerdem eine Anhebung des Rentenniveaus auf mindestens 53%, damit ein Leben in Würde im Alter tatsächlich für alle möglich ist.



... und trotzdem nix auf Tasche?

# SEXUELLE UND STRUKTURELLE GEWALT IN KRIEGS- UND FRIEDENSZEITEN

In der aktuellen politischen Debatte wird die Notwendigkeit von Hochrüstung und Waffenlieferungen in Kriegsgebiete als unverzichtbar für unsere Sicherheit begründet. Gleichzeitig wird über die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht diskutiert: Männer sollen, Frauen dürfen – noch.

von Ingrid Jost

Ein unvorstellbares Ausmaß von sexueller Gewalt in Kriegen ist kaum Thema. Das Schicksal der betroffenen Menschen in Kriegsgebieten gerät weitgehend aus dem Blick, es sei denn, es dient als Begründung für weitere Kampfhandlungen oder Waffenlieferungen.

## Opfern sexueller Gewalt in Kriegsgebieten eine Stimme geben

Noch weniger Beachtung finden die Schicksale von Frauen in Kriegsgebieten in aller Welt. Die Kriegsberichter-



**Ingrid Jost ist Dipl. Pädagogin und Familientherapeutin und Mitglied im Bundessprecher\*innenrat der AKL.**

statterin und Autorin Christina Lamb gehört zu den wenigen, die diesen Frauen Gesicht und Stimme gegeben hat mit ihrem Buch „Unsere Körper sind euer Schlachtfeld“. Christina Lamb hat mit Frauen u.a. in Syrien, im Irak, im Kongo und in Myanmar gesprochen und sie ihre Geschichte erzählen lassen. Die kaum vorstellbaren Grausamkeiten, die diese Frauen überlebt haben, machen traurig und extrem wütend zugleich, weil diese Verbrechen offenbar billigend in Kauf genommen werden von der Weltbevölkerung, ohne nennenswerte Sanktionen und ausreichende Hilfe für die Opfer.

So hat Christina Lamb ihrem Buch ein Zitat einer Vergewaltigungsüberlebenden des Krieges in Bangladesch von 1971 vorangestellt:

**„Wir haben das Wertvollste gegeben, das wir haben, und sind innerlich viele Male gestorben, doch unsere Namen wurden in kein Mahnmal und kein Kriegerdenkmal eingraviert“.**

Es sind die Kämpfenden, die Sieger, Besiegten und Gefallenen, die in der Regel im Focus des Interesses stehen, nicht aber diejenigen, die sexuelle Gewalt erlitten haben und erleiden. In den weiteren Erzählungen wird deutlich, dass es kaum ein normales Leben danach gibt, weil viele Opfer mit den Tätern, die nicht bestraft wurden, häufig im selben Dorf oder in derselben Stadt wohnen. Es sind die Opfer, die geäch-

tet, verfolgt und ausgestoßen werden, und so ist es verständlich, wenn ein Opfer sagt, es wäre besser gewesen, tot zu sein, weil sie immer wieder retraumatisiert werden.

Wenn man die Erzählungen der Opfer liest, gewinnt man den Eindruck, dass die Brutalitäten und Grausamkeiten bereits ein unvorstellbares Ausmaß erreicht haben, doch die nächste Schilderung offenbart, dass immer noch Steigerungen der verbrecherischen Misshandlungen möglich und die menschlichen Abgründe unendlich tief sind.

## Sexuelle Gewalt - eine seit biblischen Zeiten bekannte Kriegswaffe

Vergewaltigungen als Kriegswaffe sind ein sehr altes Problem, bereits in der Bibel und anderen Kriegsberichten werden solche Verbrechen geschildert. Frauen, Kinder und auch Männer werden vergewaltigt, gebrochen um Macht auszuüben und zu erhalten mit dem Ziel, den Zusammenhalt in der jeweiligen Gemeinschaft zu schwächen oder zu zerstören. Auch das Schwängern von Frauen und Mädchen gehört zu diesen verachtenswerten Strategien im Kampf um Machterhalt und Einfluss.

In der Regel wird allgemein viel zu wenig für die Opfer getan. Hilfe kommt häufig von Menschen, die selbst kaum das Nötigste haben, die ganze sogenannte „Wertegemeinschaft“ ignoriert



das Problem weitgehend, hilft wenn überhaupt nur rudimentär und völlig unzureichend.

## Sexuelle Gewalt während des zweiten Weltkrieges und danach

Millionen von Frauen und Mädchen haben während des zweiten Weltkrieges sexuelle Gewalt erlitten, von übelsten sexualisierten Verhörmethoden bis hin zu grausamsten Vergewaltigungen von Inhaftierten, Menschen aus besetzten Gebieten, Widerstandskämpfer:innen und anderweitig politisch Verfolgte. Diese Verbrechen sind zwar dokumentiert, doch nennenswerte Konsequenzen wurden nicht daraus gezogen, denn viele Armeen dieser Welt waren daran beteiligt, auch die Besatzer während der Nachkriegszeit. Erwähnung fanden diese Verbrechen in der Regel dann, wenn damit ein politisch erwünschtes Feindbild verstärkt werden sollte, obwohl es sich offenbar um ein weltweites Problem handelt.

Regina Mühlhäuser, Historikerin vom Hamburger Institut für Sozialforschung kommt zu dem Schluss, dass manche Formen der sexualisierten Gewalt institutionalisierter Teil der militärischen Gewalt sind, andere wiederum sind stärker von den jeweiligen Soldaten abhängig.

Durch die Massenvergewaltigungen bosnischer Frauen und den Völkermord in Ruanda wurde der Blick geschärft für den systematischen Einsatz sexueller Gewalt als Kriegswaffe. Es ist offenbar so, dass in Kriegen Normen und Regeln aus Friedenszeiten keine Gültigkeit mehr haben und die Bereitschaft zur hemmungslosen Gewaltausübung ins kaum Vorstellbare wächst, offenbar auch ohne nennenswerte Schuldgefühle.

Die norwegische Professorin Inger Skjelsbæk kommt ebenfalls zu dem Schluss, dass es ganz klar sei, dass Vergewaltigungen systematisch als Kriegsstrategie eingesetzt werden und diese somit ein Kriegsverbrechen sind, das den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit gefährdet.

## Ein sehr altes Problem - fast ohne entsprechendes Problembewusstsein

Der Stellenwert von Frauen und Kindern hat sich im Laufe der Jahrhunderte zwar verbessert, doch auch die gegenwärtige Zeit ist gekennzeichnet von zahlreichen Rückschritten bei hart erkämpften Verbesserungen, wie z.B. das Recht auf Abtreibung, sowie vom Anstieg von Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Die weltweite Ächtung solcher Verbrechen und die notwendigen Sanktionen sind noch nicht erfolgt. Alle Armeen dieser Welt haben sich bisher schuldig gemacht und tun es noch heute. Eine klare Ablehnung aller Kriege und die konsequente Strafverfolgung dieser und aller anderen Kriegsverbrechen sind das Gebot der Stunde. Die Bedingungen hierfür sind jedoch nicht einfach in einer Zeit, in der rechte Trump-Wähler skandieren „Dein Körper – meine Entscheidung“, in einer Zeit, in der die junge iranische Kurdin Jina Mahsa Amini im Herbst 2022 ihr Leben verlor, weil sie angeblich ihr Kopftuch nicht korrekt gebunden hatte; in einer Zeit, in der Friedrich Merz, der am 15. Mai 1997 gegen die Strafbarkeit von Vergewaltigungen in der Ehe gestimmt hat, darauf hofft, Bundeskanzler zu werden.

## Anstieg der Gewalt und Kürzung der finanziellen Mittel

In einer Zeit, in der die Gewalt gegen Frauen steigt, plant die schwarz/grüne Landesregierung in NRW 50% der finanziellen Förderung für Projekte der Weiterentwicklung des Frauenhilfenetzes einzusparen. Die geplante Kürzung im Bereich der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen beträgt zwar „nur“

6 Prozent, doch sie gefährdet deren Bestand, weil bereits heute mehr als 13.000 Frauenhausplätze bundesweit fehlen. Das Geld wird offenbar für Rüstung und Kriegsbereitschaft gebraucht, ein Vorhaben, das Vergewaltigungen eher begünstigt als verhindert.

Die Hemmschwelle für Gewalt an Mädchen und Frauen ist bereits in Friedenszeiten heftig gesunken, die aktuellen Zahlen sprechen für sich:

2023 gab es 938 versuchte Femizide (Femizid = Frauen werden ermordet, weil sie Frauen sind) in Deutschland, und 360 Femizide wurden vollendet.

Die sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen nahm um 6,2% zu. Politisch motivierte frauenfeindliche Straftaten stiegen 2023 um 56,3%, die digitale Gewalt gegen Frauen und Mädchen erhöhte sich um 25%. Auch

der Menschenhandel zur sexualisierten Ausbeutung von Frauen und Mädchen ist um 6,9% gestiegen. Jährlich werden rund 8.000 Vergewaltigungen in Deutschland angezeigt, die Dunkelziffer ist um ein Vielfaches höher. Man geht davon aus, dass in mehr als 80% der Fälle keine Anzeige erfolgt. Außerdem wird seit einigen Jahren eine Zunahme von Gruppenvergewaltigungen registriert, bei denen Erniedrigung und Zerstörung der Opfer eine noch größere Rolle spielen dürften als sexuelle Motive.

Offenbar scheinen diese Zahlen kein Anlass zu sein, die entsprechenden finanziellen Mittel aufzustocken. Die Verrohung und Frauenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft ist ein nicht hinzunehmender Skandal. Es hat den Anschein, dass den Regierungen das Recht auf körperliche und seelische

Unversehrtheit von Mädchen und Frauen völlig unwichtig ist. Frauen werden in diversen Lebenslagen auf vielfältige Weise diskriminiert, gedemütigt, unterdrückt und sexuell ausgebeutet. Jede dritte Frau ist mindestens einmal im Leben Opfer sexueller oder physischer Gewalt.

Die Ampel hat bisher das geplante Gewaltschutz-Gesetz immer noch nicht verabschiedet. Mit diesem Gesetz sollte die bedarfsgerechte Einrichtung von Frauenhausplätzen zur Pflichtaufgabe der einzelnen Bundesländer gemacht werden.

Die Gruppe der ExpertInnen (GREVIO), die die Umsetzung der Istanbul-Konvention überwacht, hatte bereits im September und Oktober 2021 festgestellt, dass die Istanbul-Konvention auch in Deutschland noch immer nicht vollständig umgesetzt worden ist. Sie hat u.a. empfohlen, dass die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt Priorität haben sollte auf der politischen Agenda. Die Ampel hatte offenbar vor ihrem Scheitern die letzten drei Jahre zahlreiche andere Prioritäten.

Um die sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Kriegs- und Friedenszeiten zu gewährleisten, brauchen wir eine eindeutige Gesetzgebung, die solche Verbrechen konsequent sanktioniert und eine im Umgang mit diesem Delikt geschulte Behörde, die Retraumatisierungen verhindert. Außerdem müssen die für die Umsetzung der Istanbul-Konvention notwendigen finanziellen Mittel umgehend zur Verfügung gestellt werden.



# DIE LINKE LEBT NOCH, ABER EIN PLAN FEHLT

Stellungnahme des Bundessprecher\*innenrates der AKL

## Zurück vom Parteitag kommen hier ein paar erste Schlussfolgerungen.

### 1.

Der Parteitag war wie immer bei der LINKEN gut, oft zu gut organisiert. Das KL-Haus hat wieder tief in die (teure) Kiste von Rummelplatzklischees gegriffen, um US-amerikanische Parteitagatmosphäre zu schaffen. Das ist eher peinlich, und diese Feuerwerk- und Trompeten-Spielzeuge sollten den Jungs und Mädels aus dem KL-Haus schlicht weggenommen werden.

Parteitage sollen Zeit und Raum für die Diskussionen der Delegierten über Anträge und auch zum Austausch bieten. Aber auch auf diesem Parteitag war der Anteil von „Promi-Reden“ wieder viel zu hoch (zu einzelnen Inhalten dazu weiter unten) und wie immer ohne Absprache mit dem Parteivorstand von der Regie eingebaut worden.

Es war eine gute Entscheidung, die Tagesordnung umzustellen und mit

der Debatte über strittige Themen zu beginnen und relativ viel Zeit für eine Generaldebatte dazu zu haben.

Die dann folgende Leitantragsdebatte war wie erwartet weitgehend überflüssig. Bereits im Vorfeld des Parteitages gab es viele Stimmen, dass der vorgelegte Leitantrag der Aufgabe nicht gerecht wird, die Krise der Partei zu überwinden und sie für die kommenden Kämpfe gut aufzustellen. Darum gab es auch Anträge auf Nichtbefassung und Ersetzungsanträge. Man hätte sich viel Zeit für die wichtigen Debatten über die strategische und programmatische Ausrichtung der Linken zu den aktuellen Entwicklungen in der Welt nehmen können. So gerieten die Beiträge zur Verlängerung/Zweiteilung der Debatte zu den wichtigen Einzelanträgen, oder sie waren absurdes Theater von Pro und Contra Spielen wie in US-amerikanischen Highschools.

Der Anteil von neuen Delegierten, darunter viele altersmäßig und nach Mitgliedschaftsdauer jungen Genossin-

nen und Genossen war erfreulich hoch. Allein das prägte den Parteitag und zeigte, dass die LINKE lebt.

### 2.

Die strittige Palästina-Frage, zu der es viele Anträge und Diskussionsbedarf gab, wurde sehr ausführlich in Vorgesprächen geklärt. Der zu dem Zeitpunkt noch nicht gewählte neue Vorsitzende Jan hat gezeigt, dass er professionell moderieren und Streitgespräche auf den Punkt bringen kann. Eine Fähigkeit, die nicht unwichtig ist, aber trotzdem nur eine gute Sekundärtugend bleibt. Aber durch seine eigenen Erfahrungen in Israel und Palästina brachte er auch viel Sachverstand ein.

Das Ergebnis der „Kompromiss-Verhandlungen“ (über die dahinterstehenden Fragen von Leben und Tod gibt es keine Kompromisse) ist einer der unleserlichen LINKE Positionspapiere, das zwischen richtigen Erkenntnissen und haarsträubenden Abwiegel- und Gleichsetzungsformulierungen schwankt.



Aber es hat als Vorteil gegenüber allen vorherigen Texten des Parteivorstandes zum Nahost-Thema, dass damit eine praktische sich mit der palästinensischen Emanzipation solidarisierende Praxis möglich gemacht wird und zionistische Unterwürfigkeitsgesten verboten sind. Dazu gehören auch die Forderungen nach einem Stopp der Waffenlieferungen, für einen sofortigen Waffenstillstand, Schluss mit Besetzung, Vertreibung und Siedlungsbau!

Dennoch müssen wir feststellen, dass die LINKE nicht die nötige Klarheit in diesem seit Jahrzehnten andauernden Konflikt wagt. Es gibt zwischen dem israelischen Siedlerkapitalismus und -kolonialismus und seiner hochgerüsteten und von den imperialistischen USA und EU massiv unterstützten Armee einerseits und der palästinensischen Bevölkerung und ihren Organisationen im Kampf um nationale Selbstbestimmung keine Waffengleichheit. Dieser Krieg ist asymmetrisch. Die LINKE kritisiert selbstverständlich alle Verantwortlichen – die IDF wie die Hamas, die USA und Deutschland mit seiner Staatsräson – aber sie ist trotzdem parteilich auf der Seite der Palästinensischen Bevölkerung. Dieser Krieg wurde ausgelöst durch die jahrzehntelange völkerrechtswidrige Besetzung Palästinas und der Blockade des Gazastreifens. Wir fordern die Einhaltung des Völkerrechts und ein Ende der Besetzung. Wir verwahren uns gegen die Gleichsetzung von Anti-Zionismus und Antisemitismus. Wir verurteilen die politisch-ideologische Instrumentalisierung der IHRA-Antisemitismus-Definition für eine beispiellose Zensur- und Behinderungskampagne gegen Aktive und Intellektuelle, die sich mit Palästina solidarisieren. Insbesondere in Deutschland bedroht diese Kampagne die demokratischen Freiheiten weit über das Thema Nahost hinaus.

Es wäre gut gewesen, wenn der Parteitag sich hier so klar positioniert hätte und entsprechende Einzelanträge angenommen hätte. Leider ist dies nicht geschehen. Neben dem „Kompromiss-Antrag“ wurden andere Anträge zum Thema Krieg und Nahost abgelehnt.

Die Debatte über dieses Thema ist folglich nicht zu Ende. Sie ist befreit von den größten Fehlannahmen, geht aber ansonsten erst los.

### 3.

Der Leitantrag wurde angenommen, so what. Bei der Abstimmung per Handzeichen gab es gegenüber früheren Abstimmungen über solche

Harmonisierungsanträge deutlich mehr Nein-Stimmen. Ausgezählt wurde das nicht, was wir einmal mehr kritisieren, wenigstens bei „Leitanträgen“ sollte ein auf deren Basis gewählter Vorstand genau wissen, wie die Minderheit aufgestellt ist.

Anträge, den kompletten Vorschlag des Parteivorstandes zu ersetzen wurden abgelehnt, wie auch der Antrag ihn in den Bundesausschuss zu verweisen. Weil der Leitantrag völlig unzureichend war, gab es viele Änderungsanträge, die der alte scheidende Parteivorstand häufig ganz oder teilweise übernommen hatte. Sowohl die Übernahmen als auch die Debatte um die verbleibenden Änderungsanträge haben den Leitantrag nicht besser gemacht.

Die noch behandelten Änderungsanträge – die wie immer auf inhaltliche Schärfung und konkrete Festlegungen bei Forderungen und Positionen zielten – wurden abgelehnt.

Der beschlossene Leitantrag wird seinem Namen nicht gerecht, sondern nur abgehettelt werden.

### 4.

Die Debatte über das Bedingungslose Grundeinkommen war erwartungsgemäß temperamentvoll, aber es ist halt nur eine abgehobene Bekenntnisschlacht. Praktische Bedeutung hatte das BGE nie, die Debatte über das BGE nur extrem selten. So wird es auch in Zukunft bleiben. Es lohnt die ganze Aufregung nicht. Der Beschluss, die Sache mal wieder für offen zu erklären und auf eine kommende „Programmdebatte“ zu verschieben, ist so richtig wie harmlos. Auf eine Neuaufführung nach den Bundestagswahlen...

Der Parteitag beschließt die Unterstützung des „Berliner Appells“ gegen die Stationierung neuer Langstreckenraketen in Deutschland. Dieser Beschluss, der zu konkreten Handeln in der unmittelbar nächsten Zeit verpflichtet, passte dem alten PV nicht, der neue PV wird ihn hoffentlich ernsthaft umsetzen.

Der Parteitag begrüßte auch mit großer Mehrheit die Verbotsinitiative bezüglich AfD. Die AKL-Delegierte hat gut die Bedenken und Gegenargumente zu dieser Verbotskiste eingebracht. Es ist zu befürchten, dass die Verlagerung der Auseinandersetzung mit der AfD auf das juristische Hinterzimmer die viel wichtigeren Mobilisierungen gegen die AfD in allen gesellschaftlichen Bereichen verdrängen werden. Die AfD wird dadurch in eine durchaus willkommene

Martyrrolle schlüpfen können, die ihr noch mehr Zulauf bringen wird. Und letztlich zeigen die historischen Erfahrungen, dass ein Parteienverbot gegen rechte Parteien auch schnell in solche gegen linke Parteien verlängert werden kann.

Der Parteitag unterstützt eine Solidaritätserklärung zum Thema Westsahara. Das ist insofern wichtig, dass hiermit ein weiterer internationaler kolonialistischer Skandal aufgegriffen wird, in dem die EU eine unrühmliche Rolle spielt.

### 5.

Es wurden einige Satzungsänderungen beschlossen, die unstrittig waren. Am stärksten diskutiert wurden die Anträge der „Feministischen Offensive“, neue, befristete Sanktionen unterhalb des Parteiausschlusses bei Übergriffigkeit, sexistischen Ausgrenzungen usw. möglich zu machen. Viele Delegierte haben dabei immer noch das Missverständnis, dass es sich dabei um „Strafmaßnahmen“ irgendeiner Kontrollinstanz handeln würde. Darum geht es aber gar nicht: Es sind aufgrund der vielen realen Erfahrungen, dass auch in einer linken Organisation patriarchalische und sexistische Strukturen vorhanden sind und immer wieder aufbrechen können, Maßnahmen, die einen sofortigen Schutz von betroffenen Personen ermöglichen, denen erst danach ein faires, „rechtstaatliches“ Verfahren folgen kann.

Die Anträge zu strittigen Fragen bei den Statutenänderungen – Erneuerungsquote bei der Aufstellung von Listen zu Parlamentswahlen, Bundesausschuss Neubestimmung, Internationale Kommission-Erweiterung – wurden nicht angenommen oder zurückgezogen.

### 6.

Zu den Vorstandswahlen Jan van Aken (Hamburg) und Ines Schwerdtner (Sachsen-Anhalt) wurden erwartungsgemäß als neue Vorsitzende gewählt, die Stimmenanzahl war eher höher als zu erwarten war.

Schatzmeister wurde Sebastian Koch aus Berlin.

Bundesgeschäftsführer wurde Janis Ehling (Berlin).

Stellvertretende Vorsitzende wurde Ateş Gürpınar, der das schon zuvor war. Dazu kommen drei mehr oder weniger Realo-Politiker:innen: Sabine Ritter aus Hamburg, Luise Neuhaus-Wartenberg aus Sachsen und Max Schirmer aus Berlin.



Jugend-, und SDS Vertreterinnen wurden Lisa Pfitzmann und Margarita Kavali.

Zu dieser Zehnerrunde kommen 16 Beisitzer:innen:

Gewählt wurden Alex Kauz (Baden-Württemberg), Wulf Gallert (Sachsen-Anhalt), Theo Glauch (Bayern), Lorenz Gösta Beutin (Schleswig-Holstein), Candy Boldt-Händel (Brandenburg), Thies Gleiss (Nordrhein-Westfalen), Markus Pohle (Sachsen), Hennis Herbst (MeckPomm), Margit Glasow (Brandenburg), Katharina Dahme (Niedersachsen), Olga Fritzsche (Hamburg), Nina Eumann (Nordrhein-Westfalen), Sabine Berninger (Thüringen), Naisan Raji (Hessen). Kathrin Gebel (Saarland), Ulrike Eifler (Bayern),

Insgesamt ist der geschäftsführende PV gegenüber seinen bisherigen Auftritten etwas nach rechts gerückt, der Rest-PV etwas nach links. Aber das heißt nicht viel. Schon die strategische Ausrichtung beim nächsten Bundestagswahlkampf wird da neue Allianzen hervorrufen.

Dass Ines Schwerdtner auf jeden Fall auch in den Bundestag will (im Wahlkreis von Gesine Lötzsch), wird ihre Rolle als Parteivorsitzende sofort wieder extrem schwächen. Jan van Aken hat sich noch nicht festgelegt, ob er auch kandidieren will. Wir hoffen, dass er sich auf den Parteivorsitz konzentriert.

Die Wahlkampagne 2025 wurde auf dem Parteitag in ihren Grundstrukturen vorgestellt. Die LINKE will – ähnlich der KPÖ in Teilen von Österreich – sich selbst als aktive und aktivierende Partei in den Mittelpunkt stellen. Die „menschennahen“ Themen wie Wohnen, Arbeit und Gesundheit sollen deshalb im Mittelpunkt stehen, praktisch vor allem durch das „Canvassing“ (Haustürgespräche). Das reicht für eine politische Strategie natürlich noch nicht aus. Die Debatte darum wird jetzt aber losgehen.

Gastredner:innen auf dem Parteitag waren unter anderen Frank Werneke von Ver.di, Sarah Lee Heinrich, die zurück- und ausgetretene Ex-Bundessprecherin der Grünen Jugend, und Gerhard Trabert, Kandidat der LINKEN zur Bun-

despräsidentenwahl und EU-Wahl.

Spezial-Redner waren Bodo Rame-low und Gregor Gysi. Es gibt im Karl-Liebknecht-Haus immer noch die Nostalgie, die meinen, eine Partei braucht einen Retter, um zu überleben. Bodo R. hat sich bemüht, radikaler zu sein, als seine reale Politik der letzten Jahre, aber niemand sollte das als Selbstkritik verstehen, er ist und bleibt Sozialdemokrat. Gregor Gysi lieferte wieder seine ausgelutschte Ego-Show ab und kündigte an, er werde mit Bodo und Dietmar Bartsch persönlich dafür sorgen, dass drei Direktmandate für die LINKE gewonnen werden. Diese Attitüde des „Wir retten die Partei“ ist mittlerweile schon kurzfristig schädlich für den Aufbau einer lebensfähigen und nachhaltig politisch einflussreichen Partei.

### 7.

Was bleibt als Fazit? Die LINKE lebt noch. Der Erwartungsdruck insbesondere der vielen neuen und jungen Mitglieder ist groß. Gleichzeitig ist der politische Druck von außen und durch die Konkurrenz (zu der kurzfristig auch noch die rechte Abspaltung BSW gehören wird) sehr groß.

Der neue Parteivorstand hat deshalb viel zu tun, um eine handlungsfähige Partei neu auszurichten. Eine handwerklich etwas gelungenere Wahlkampagne zur Bundestagswahl 2025 wäre deshalb nicht schlecht, reicht aber längst nicht aus.

Wir von der AKL empfehlen unsere To-Do-Liste, die wir im Vorfeld der Parteitagsdebatten veröffentlicht haben. Sie ist immer noch aktuell und Schritt für Schritt umsetzbar.

Im neuen Parteivorstand sind mit Nina Eumann und Thies Gleiss zwei erfahrene Mitglieder der AKL. Sie verpflichten sich, am Aufbau einer solchen lebens- und liebenswerten Partei mit aller Kraft mitzuarbeiten.

# NACH DER AMPEL: LINKS!

**Beschluss des Landesparteitages der Linken in NRW; unterstützt vom Landesvorstand der Linken in Baden-Württemberg; der Landesvorstand der Linken in Bayern hat einen sinngleichen Beschluss gefasst**

Zur Bundestagswahlstrategie von Die Linke:

# BUTTER STATT KANONEN

**Deutschland macht sich auf den Weg, zur viertgrößten Militärmacht der Welt aufzusteigen. In der Zeitenwende und dem Streben nach Kriegstüchtigkeit sind sich SPD, Grüne, Union, FDP und AfD im Kern einig.**

**Initiativantrag zum Landesparteitag von Die Linke NRW 16./17.11.2024.**

Beim Streit um die Fortführung der Ampel ging es nicht um das „ob“, sondern nur um die Frage, „wie“ eine weitere Militarisierung der deutschen Außenpolitik erreicht werden kann. Während FDP und CDU hier für harte soziale Einschnitte waren, sagen SPD und Grüne, dass sie es moderater gestalten wollen. Auch BSW und AfD stellen sich nicht gegen Aufrüstung und soziale Einschnitte.

Das BSW redet zwar von Frieden, will aber im Rahmen seiner Koalitionspläne mit der SPD in Brandenburg zugleich den Ausbau von Bundeswehrkasernen fördern.

Rassisten und Faschisten stehen wiederum in der Tradition des deutschen Militarismus.

In dieser Auseinandersetzung muss die Linke eine starke Gegenstimme sein, die den Zusammenhang von Aufrüstung und dem Abbau sozialer Infrastruktur benennt. Wir wollen nicht „sozialer“ aufrüsten, sondern sind prinzipielle Gegner\*innen nicht nur des deutschen Militarismus.

Im anstehenden Wahlkampf darf Die Linke die anderen Parteien nicht aus der Verantwortung entlassen: Die Aufrüstungsparteien müssen sich rechtfertigen, warum für sozialen Wohnungsbau, Krankenhäuser, Frauenhäuser, Kitas, Schulen, Bahnsanierung und Mobilität angeblich kein Geld da sei, während sie über Nacht Milliardenprogramme für die Rüstungsindustrie beschließen.

Viele Länder- und Kommunalhaushalte sind seit Jahrzehnten strukturell unterfinanziert – in NRW beispielsweise plant die schwarz-grüne Landesregierung Sozialkürzungen in einer Höhe, die es so bisher noch nie gegeben hat. Dies sind zentrale Auseinandersetzungen

im Wahlkampf, die den Alltag der Menschen betreffen.

Doch nicht nur wegen sozialer Einschnitte, sondern auch wegen der steigenden Unsicherheit und Kriegsgefahr muss die Linke sich dem eingeschlagenen Kurs in den Weg stellen. Denn die aktuelle Aufrüstung und die Militarisierung aller Lebensbereiche wird nicht unsere Sicherheit erhöhen, sondern die Kriegsbereitschaft steigern. Die geplante Stationierung der US-Mittelstreckenraketen zeigt, dass die Militarisierung zu immer größerer Unsicherheit und wachsender Kriegsgefahr beiträgt. Dies ist laut aller Umfragen sogar einem Großteil der Bevölkerung klar.

Krieg und Krise sind zwei Seiten einer Medaille. Der Kapitalismus führt nicht nur zu ständig wachsender Ungleichheit. Durch die Vermögenskonzentration in den Händen Weniger wächst der „Bedarf“ nach neuen Investitionsmöglichkeiten für weitere Profitraten und steigt der Hunger nach immer weiteren Absatzmärkten.

Dies führt nicht nur zu einer wachsenden Verarmung und einer größeren Ausbeutung breiter Bevölkerungsschichten, sondern auch zu wachsender Kriegsbereitschaft.

All das können wir gegenwärtig in der öffentlichen Debatte beobachten. So driftet die Schere zwischen Arm und Reich auch in Deutschland immer weiter auseinander und die Mittelschichten erodieren.

Während der Großteil der Menschen in den vergangenen Jahren die Auswirkungen der verschiedenen Kriege und Krisen schmerzhaft gespürt hat, haben die Superreichen ihren Wohlstand weiter ausgebaut.

Laut Oxfam haben die fünf reichsten

Menschen der Welt – allesamt Männer – ihr Vermögen seit 2020 mehr als verdoppelt. Gleichzeitig wurden fast fünf Milliarden Menschen, die ärmsten 60%, noch ärmer.

In Deutschland ist das Gesamtvermögen der fünf reichsten Milliardäre seit 2020 um rund 75% gestiegen. Gleichzeitig leben laut des Armutsberichts des Paritätischen Wohlfahrtsverbands über 14 Millionen Menschen in Armut. Allein dem reichsten 1%, also etwa 840.000 Einzelpersonen, gehört über ein Drittel aller Vermögen.

Gleichzeitig wächst die Konkurrenz auf den Weltmärkten. Um die Interessen der eigenen Kapitalfraktion bei Bedarf auch militärisch durchsetzen zu können, wird massiv aufgerüstet. Lehren aus zwei Weltkriegen werden bei Seite gewischt.

Die Linke ist gefragt, dem etwas entgegenzusetzen.

Der Fehler aus dem EU-Wahlkampf, unsere friedenspolitischen Forderungen weitgehend auszuklammern oder nur defensiv vorzutragen, darf sich nicht wiederholen. Die Auseinandersetzung zwischen den Industrienationen über die Neuaufteilung der Welt spitzt sich dramatisch zu. In der Ukraine, im Nahen Osten und in anderen Regionen ist der Kampf um geostrategische Einflussgebiete, Rohstoffe und Absatzmärkte bereits in militärische Gewalt umgeschlagen.

Staaten rüsten sich für weitere Kriege. Laut einer Studie des schwedischen Forschungsinstituts SIPRI erreichten die weltweiten Rüstungsausgaben mit 2,4 Billionen US-Dollar im Jahr 2023 einen neuen Rekordwert. Die Rivalität zwischen den Staaten erhöht nicht nur die Gefahr eines großen Krieges in der

Zukunft, sondern hat schon jetzt konkrete Auswirkungen auf das Leben der Mehrheit der Bevölkerung.

Es geht also nicht um ‚abstrakte‘ Friedenspolitik, sondern um konkrete Folgen von Militarismus und Krieg.

Weltweite Fluchtbewegungen, der Klimawandel und auch das Erstarren der Rechten und Faschisten haben ihre Ursachen gerade auch in Militarismus und Kriegen. Das muss die Linke bei diesen Wahlen offensiv ansprechen und dagegen mobilisieren.

Zudem gehen Militarismus und die Zunahme an Kriegen immer einher mit steigenden Repressionen nach innen. Wir erleben den Abbau der liberalen Demokratie und eine Verrohung der Debatte, bei einem gleichzeitigen Erstarren des Nationalismus.

Unter der Oberfläche der Zeitenwende und der Herstellung deutscher „Kriegstüchtigkeit“ vollzieht sich eine für die Demokratie gefährliche Entwicklung: Inzwischen werden selbst in den ZDF-Kindernachrichten mörderische Waffensysteme als niedliche Wesen dargestellt, die sich in kindgerechter Sprache über den angeblichen Zauderer Olaf Scholz beschwerten, weil noch

keine Taurus-Raketen in die Ukraine geliefert wurden.

Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner werden im Rahmen einer sich zunehmend verrohenden Debatte als „Lumpenpazifisten“ und „Putinknechte“ dif-

**Frieden kostet Mut. Krieg kostet Leben.**

famiert. Es ist zu erwarten, dass sich diese Tendenz im Wahlkampf noch verstärken wird: Nachdenkliche Stimmen, die sich für diplomatische Lösungen im Ukraine-Krieg einsetzen und vor einer weiteren Eskalation durch Waffenlieferungen warnen, werden vom Diskurs ausgeschlossen. Aktivistinnen und Aktivistinnen, die sich für ein Ende des Gaza-Krieges und gegen deutsche Waffenlie-

ferungen nach Israel einsetzen, sollen mit dem Antisemitismusvorwurf mundtot gemacht werden.

Die Parteien der Zeitenwende schaffen ein Klima von Angst und Denunziation, in dessen Folge autoritäre Ideen wachsen und ein autoritärer Umbau des Staates voranschreitet.

In einer solch grundsätzlichen Auseinandersetzung muss Die Linke auch im Wahlkampf ihre Stimme zur Verteidigung von Meinungsfreiheit und demokratischen Errungenschaften erheben.

Die Linke muss herrschende Narrative in Politik und Medien hinterfragen, auseinandernehmen und angreifen. Sie muss in der Lage sein, die verschiedenen Themen miteinander zu Verknüpfen. „Sagen, was ist“ gehört nicht nur zu den wichtigsten Grundprinzipien einer sozialistischen Partei, sondern ist ein wichtiger Baustein zum Aufbau eines eigenständigen Wahlkampfprofils, welches im anstehenden Wahlkampf dringend notwendig ist.

Der Landesparteitag von Die Linke NRW beauftragt den Landesvorstand diesen Beschluss in die Beratungen zur Wahlstrategie auf der Bundesebene einzubringen.





# BERLINER APPELL

Der folgende **Berliner Appell** wurde bei unserer Demonstration am 3. Oktober verlesen. Wir werben nun dafür, dass er von möglichst vielen Menschen unterschrieben wird. Das kannst du hier über ein Eingabeformular online machen. Den Aufruf für diese Demonstration am 3. Oktober haben wir euch indes über den folgenden Link archiviert: <https://nie-wieder-krieg.org/aufruf-03-10-2024/>. Die Reden, viele Bilder und Videos von dieser Demonstration findet ihr hier: <https://nie-wieder-krieg.org/videos-bilder-reden/>.

## Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt

Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real. An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt der Ge-

meinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.

Die geplanten Hyperschallraketen Dark Eagle steigern die Spannungen und sind insbesondere für Deutschland eine Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Überdies fördern die

geringen Vorwarnzeiten das Risiko von Fehlreaktionen.

Die Stationierung wurde ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen. Wir bleiben dabei, Konflikte und Rivalitäten nicht militärisch zu lösen, sondern alles zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden. Dieser Aufgabe darf sich niemand entziehen.



Wir sagen  
**NEIN**  
zur Aufstellung  
neuer  
US-Mittel-  
streckenwaffen  
in Deutschland!

### Erstunterzeichner des Berliner Appells:

Yusuf As (Föderation demokratischer Arbeitervereine DIDF- Bundesvorstand); Horst Becker (Parl. Staatssekretär a.D. Bündnis 90/die Grünen); Lothar Binding (Sprecher SPD-AG 60+, ehem. MdB); Peter Brandt (Historiker, Initiative „Neue Entspannungspolitik jetzt!“); Reiner Braun (ehem. Präsident Internationales Friedensbüro (IPB)); Christoph Butterwegge (Armutsforscher); Angelika Claußen (IPPNW-Vorsitzende); Sevim Dagdelen (MdB BSW); Daniela Dahn (Schriftstellerin); Renan Demirkan (Schauspielerin); Wiebke Diehl (Journalistin und Autorin); Jan Dieren (MdB, Vorsitzender der DL 21 der SPD); Klaus Dörre (Sozialwissenschaftler); Ulrike Eifler (Gewerkschaftssekretärin); Sefariye Eksi (Bundesvorsitzende Föderation demokratischer Arbeitervereine DIDF); Katja Ebstein (Sängerin); Tino Eisbrenner (Songpoet, Friedensgesellschaft Musik statt Krieg e.V.); Axel Fersen (Koordinator Erhard-Eppler-Kreis); Uta Finckh-Krämer (Pazifistin, ehem. MdB SPD); Hajo Funke (Politikwissenschaftler); Martin Gross (Gewerkschaftssekretär ver.di); Andreas Grünwald (Hamburger Forum); Gregor Gysi (Politiker, MdB die Linke); Christoph Habermann (Staatssekretär a.D.); Rita-Sybille Heinrich (Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg); Lühr Henken (Bundesausschuss Friedensratschlag); Peter Hennicke (Umwelt- und Energieforscher); Jutta Kausch-Henken (Schauspielerin, Friedenskoordination Berlin); Margot Käbmann (Theologin); Oliver Keymes (Landtagvizerepräsident a.D., Bündnis 90/die Grünen); Yanick Kiesel (Frieden in Bewegung); Patrik Köbele (DKP); Matthias Kollatz (ehem. Finanzsenator SPD); Ralf Krämer (Gewerkschaftssekretär); Wolfgang Lieb (Staatssekretär a. D. SPD); Gesine Löttsch (MdB die Linke); Jochen Luhmann (Friedens- und Umweltforscher); Thomas Meyer (Politikwissenschaftler und Autor); Pablo Miró (argentinisch-deutscher Komponist und Songwriter); Hans Misselwitz (Staatssekretär a. D., Verhandlungsführer 2+4-Verhandlungen); Ruth Misselwitz (Pfarrerin a.D.); Klaus Moegling (Kulturwissenschaftler); Michael Müller (Bundesvorsitzender der NaturFreunde, Parl. Staatssekretär a.D. SPD); Juliane Neigel (Sängerin); Willi van Ooyen (Bundesausschuss Friedensratschlag); Christof Ostheimer (Friedensforum Neumünster); Jürgen Peters (ehem. Vorsitzender der IG Metall); Joachim Radkau (Historiker); Orlinde Radkau (Frauenrechtlerin); Herbert Sahlmann (SPD Bonn-Bad Godesberg); Michael von Schulenburg (Diplomat, MdEP); Joachim Schuster (MdEP a.D. SPD); Jürgen Scheffran (Friedensforscher); Alice Schwarzer (Frauenrechtlerin, Journalistin); Udo Simonis (Umweltforscher); Jörg Sommer (Vorsitzender Deutsche Umweltstiftung); Wolfgang Streeck (Sozialwissenschaftler); Hans-Jürgen Urban (Vorstand IG Metall); Hannes Wader (Liedermacher); Saha Wagenknecht (MdB, BSW); Peter Wahl (Publizist, Mitbegründer von Attac); Hans-Eckardt Wenzel (Autor, Musiker); Hubert Weiger (Ehrevorsitzender des BUND); Ernst-Ulrich von Weizsäcker (Umweltforscher); Burkhard Zimmermann (Sprecher AG Frieden der DL 21); Christoph Zöpel (Staatsminister a. D. SPD); Dirk Zöllner (Sänger); Klaus Zwickel (ehem. Vors. der IG Metall).

### Willkommen bei der Antikapitalistischen Linken – AKL

# UNSERE ANTWORT AUF DIE KRISEN DES KAPITALISMUS

Vergesellschaftung der wichtigen Industrien und Dienstleistungen • Kein Profit mit den Grundbedürfnissen der Menschen – Gesundheit, Wohnen, Bildung, Mobilität, Energieversorgung • Weltweite Klimagerechtigkeit gibt es nur mit Überwindung des Kapitalismus • Die Arbeitenden sollen bestimmen, wo es lang geht. Demokratie und Selbstbestimmung auch im Betrieb. Mehr Lohn, weniger Arbeitszeit für alle • Gleiche Rechte für ALLE • Kapitalismus führt zu Krieg. Keine Kriegsbeteiligung mit Waffen und Geld aus Deutschland. Keine militarisierte Außenpolitik. Austritt Deutschlands aus der NATO. Abschaffung der Armeen.

Die AKL ist eine der großen politischen Strömungen in der Partei DIE LINKE.

Strömungen sind ein wichtiges Element in der parteiinternen Demokratie und werden von unseren Statuten erlaubt. Sie beteiligen sich an den inhaltlichen und programmatischen Debatten über die gesamte Breite der Partei und ihrer Gremien sowie Landes- und Kreisverbände mit gemeinsamen Initiativen und Vorschlägen. Sie beteiligen sich an den gemeinsamen Parteiaktivitäten

und ergreifen in deren Rahmen eigene Initiativen.

Die AKL ist mit über 1000 Mitgliedern in fast allen Landesverbänden aktiv und stellt Delegierte in Landes- und Bundesparteitagen, sowie Mitglieder in Vorständen auf allen Ebenen, auch im bundesweiten Parteivorstand.

### Ein System der Krisen – die Krise als System

Das weltweite Wirtschafts- und Ge-

sellschaftssystem, der Kapitalismus, erlebt immer wieder tiefe Krisen, die Millionen von Menschen in Armut oder soziale Unsicherheit stürzen. Dieses System lebt von der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und der Natur durch private Besitzende der großen Produktionsmittel. Es ist diese Ausbeutung und die Produktion von unermesslich vielen Waren für einen anonymen Weltmarkt, die regelmäßig zu Absatzkrisen für zu viel erzeugte Waren und

Fortsetzung S.34

gleichzeitig zu Mangel, Erwerbslosigkeit und Hunger führen. Krisen gehören zur Normalität des Kapitalismus und sind nicht Versagen von Politik oder Management der Unternehmen. Deren Versagen kommt höchstens noch verschärfend hinzu.

Der Kapitalismus ist eine Klassengesellschaft. Die Schere zwischen arm und reich ist notwendiges Übel einer solchen Gesellschaft und es wird auf Dauer kein gemeinsames Interesse der Armen mit denen der Reichen geben. Weder in Deutschland, noch in Europa, noch weltweit.

Gleichzeitig zerstört der Kapitalismus die ökologischen Grundlagen des gesamten Planeten. Auch diese heute im Alltag zu spürenden Schäden sind keine Unfälle, sondern Auswirkungen eines Systems, das auf Profitmaximierung ausgerichtet ist, die auf Natur und Endlichkeit der Ressourcen keine Rücksicht nimmt.

Krisen, Konkurrenz der Konzerne und Klassenkämpfe zwischen Arm und Reich sind auch die Ursachen für Kriege, die heute in der Welt nicht weniger, sondern mehr werden. Kriege sind immer auch ein Riesengeschäft für private Rüstungsunternehmen – deswegen werden sie auch stets mit großem Aufwand in den Medien als „notwendig“ oder gar „gerecht und humanitär“ dargestellt.

Umwelt- und Klimazerstörung, Kriege, Armut, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die weltweite ungerechte Wirtschaftsordnung des Kapitalismus sind auch verantwortlich dafür, dass immer mehr Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden oder flüchten müssen.

Der Kapitalismus ist am wenigsten durch Parlamentsbeschlüsse reformierbar. Emanzipation von Ausbeutung und Zwang gibt es nur durch radikale Änderung der Eigentumsverhältnisse.

### Unsere Alternative: Demokratie – Umweltschutz – Sozialismus

Die AKL steht für ein Programm und eine Politik der unerbittlichen Kritik und Ablehnung einer solchen kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Wir kämpfen gegen Ausbeutung, für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit und gute Renten. Wir kämpfen für mehr Demokratie und Selbstorganisation der Menschen, dort wo sie leben und arbei-

ten. Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle Menschen, mit und ohne Migrationshintergrund, für Junge und Alte, für Menschen mit und ohne Behinderungen. Wir sind gegen alle Sondergesetze zur Diskriminierung von Minderheiten aus ethnischen, religiösen, sexuellen oder sozialen Gründen. Wir kämpfen für die vollständige Gleichstellung der Frauen, rechtlich, sprachlich und real: In Beruf, Familie, im öffentlichen Leben.

Wir kämpfen gegen Kriege und die Kriegstreiberei. Wir wollen keine Rüstungsindustrie und Armeen. Wir kämpfen gegen die Zerstörung der Natur und des Klimas. Wir wollen einen schnellen Ausstieg aus fossilen Energiesystemen und der Atomenergie. Wir sind für weniger Autos, weniger Verschwendung von Ressourcen, und nachhaltiges, dezentrales Wirtschaften.

All das wird nach unserer Überzeugung nur in einer sozialistischen Gesellschaft möglich sein, die alle wesentlichen Produktionsmittel in Gemeineigentum hält und eine nach den Bedürfnissen von Menschen und Natur geplante Wirtschaft betreibt.

Der Sozialismus wird nur als solidarische Aktion der großen Mehrheit der Gesellschaft erreicht werden. Wir spekulieren nicht auf Abkürzungen und faule Bündnisse mit SPD oder GRÜNEN. Wir lehnen sowohl eine Regierungseteiligung der LINKEN mit diesen prokapitalistischen Parteien ab, als auch das Regierungsspielen LINKER in der Opposition. Veränderung beginnt mit radikaler Opposition und der Mobilisierung der Millionen gegen die herrschenden Zustände und Wiederaneignung der durch den Kapitalismus enteigneten Zeit, Würde und materielle Sicherheit.

### Eine Partei der Aktiven – eine Partei auch für dich

Die LINKE ist eine große Partei, die auf allen gesellschaftlichen Ebenen politisch aktiv ist. Es gibt viele unterschiedliche Meinungen in der Partei, und das ist gut so. Aber es gibt auch Entwicklungen in der Partei, die von der AKL kritisiert werden. Auch deshalb gibt es uns.

Wir kämpfen für eine demokratisch von unten nach oben organisierte Partei von aktiven Mitgliedern, die in Betrieben, Schulen, Universitäten, im Stadtteil, in den Gewerkschaften und den anderen sozialen Bewegungen aktiv sind. Diese Basisarbeit ist für die

AKL viel wichtiger als die Mitarbeit in Parlamenten und Ausschüssen. Wir bewerben uns auch für die Arbeit in diesen Gremien – aber: parlamentarische Mandate sollten für jeden Einzelnen zeitlich befristet und ohne materielle Privilegien sein. Wir fordern die jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionsträger\*innen und die Trennung von Amt und Mandat: Dazu fordern wir Parteigremien mit insgesamt maximal 25% Mandatsträger\*innen, deren Beschäftigten sowie Hauptamtlichen zu besetzen. Wir streiten für die Verhinderung von Ämterhäufung und die Befristung aller Ämter. Insbesondere sollten alle Parlamentsmandate auf maximal zwei (in Ausnahmefällen drei) Legislaturperioden beschränkt werden. Die AKL setzt sich für die Begrenzung der Einkommen der hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen und Mandatsträger\*innen auf durchschnittlichen Facharbeiter\*innenlohn ein. Wir wollen nicht, dass die LINKE eine solche Entwicklung wie die SPD oder die GRÜNEN nimmt – die auf ihre Art ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht haben.

## Die AKL will keinen Frieden mit dem Kapitalismus, sondern eine bessere Zukunft für die Menschen.

### Lesehinweise

#### Kapitalismus bedeutet Krieg, Umweltzerstörung und Armut



Grundsatztext der AKL, in mittlerweile vierter Auflage.

Eine Analyse der tiefgehenden Krise des Kapitalismus und einer EU, in der statt des Versprechens einer Grenzenlosen Freiheit Faschismus und Nationalismus gedeihen. Als Alternative wird eine sozialistische Gesellschaft, aber auch der Weg dahin dargestellt: Eine LINKE, die in außerparlamentarischen Bewegungen zu Hause ist und in Stadtteilen und Betrieben verankert.

42 Seiten  
Erhältlich über:  
info@antikapitalistische-linke.de

#### Für eine kämpferische Kommunalpolitik – eine andere Kommune ist möglich



Sammelband zur Debatte um eine linke Kommunalpolitik auf dem Bielefelder LINKE-Parteitag im Juli 2015.

Wie kann auf kommunaler Ebene Widerstand gegen Sparpolitik organisiert werden, wie kommt man gegen sogenannte Sachzwänge an? Wie können Kommunen finanziell bessergestellt werden?

Außerdem dokumentiert: Eine Rede von Claus Ludwig auf dem Bielefelder LINKE-Bundesparteitag zur Kommunalpolitik.

26 Seiten  
Erhältlich über:  
info@antikapitalistische-linke.de

#### Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden – Die Linke und das Regieren



Sollen sozialistische Parteien Koalitionen mit Sozialdemokraten und Grünen eingehen? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Oder sollen Regierungsämter nur übernommen werden, wenn sie zum Sturz des kapitalistischen Systems eingesetzt werden können? Oder auch gar nicht?

Mit Beiträgen von Özlem Demirel, Sylvia Gabelmann, Thies Gleiss, Inge Höger, Ekkehard Lieberam, Lucy Redler, Bernd Riexinger, Sahra Wagenknecht und Janine Wissler. Erschienen im PapyRossa Verlag.

ISBN 978-3-89438-623-8  
256 Seiten, 14,90 Euro

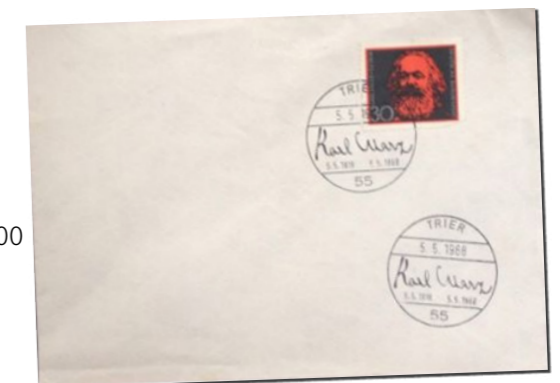
## KONTAKT ZUR AKL:

**Website:**  
www.antikapitalistische-linke.de

**E-Mail:**  
info@antikapitalistische-linke.de

**Für die AKL Spenden:**  
DIE LINKE. Parteivorstand  
IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00  
BIC: BEVODEBB  
Berliner Sparkasse  
Kennwort „Antikapitalistische Linke“

Impressum:  
V.i.S.d.P.: Inge Höger  
Redaktionsschluss: 24.12.2024



Die Antikapitalistische Linke (AKL) ist eine politische Strömung in der Partei Die Linke. Sie besteht aus bewegungsorientierten Mitgliedern der Partei DIE LINKE, aber auch aus Parteilosen. Sie sieht sich als Brückenglied zwischen der Partei DIE LINKE und den außerparlamentarischen Bewegungen. Die AKL setzt sich für die weitere Stärkung des antikapitalistischen Profils der Partei DIE LINKE ein.